

Pensionsreform

Eindrucksvolle Protestmanifestation



Die Regierung ist gewillt das Reformprojekt Pensionen, das massive Sozialabbau beinhaltet, noch vor Jahresende durch die Abgeordnetenkammer zu peitschen. Auf die Verbesserungsvorschläge der Gewerkschaften wurde wenig bis gar nicht eingegangen. ▶ Seite 2

Editorial

Guy Greivelding

Gemeinsam gegen Sozialabbau



Über 2500 demonstrierten am vergangenen 16. Oktober auf dem Clairefontaine-Platz gegen die geplante negative Pensionsreform. OGBL, CGFP, ALEBA, FGFC, Syprolux und unser Landesverband sind sich einig, dass diese Reform, so wie die Regierung sie durchziehen will, ein klarer Abbau im Pensionswesen ist, den sie nicht akzeptieren können. In der Konsequenz der erfolgreichen Demonstration beantragten

sie letzte Woche eine dringende Unterredung mit Sozialminister Mars Di Bartolomeo und Arbeitsminister Nicolas Schmit.

Bei der Drucklegung dieser Nummer war noch kein Termin bekannt, doch sagen wir es gleich vorweg, mit einigen Anpassungen, welche die Reform sicher grundsätzlich nicht verändern, werden wir uns nicht zufrieden geben. Auch dann nicht, wenn über einen Änderungsantrag zur Reform, die Grundrente progressiv von 23,5 auf 28 Prozent (ursprünglich waren 26 Prozent vorgesehen) des Mindestlohnes angehoben werden soll.

Damit ist nämlich noch immer nicht vom Tisch, dass länger gearbeitet werden muss, um auch nur einen Teil der angekündigten Verluste wettzumachen. Auch geben wir zu bedenken, dass alle Beschäftigten, die über Jahrzehnte unter erschwerten Bedingungen ihre Arbeit verrichten, doppelt bestraft werden. Diesen bleiben verbesserte Arbeitsbedingungen vorenthalten

und dann müssen sie noch zusätzliche Jahre schufteten, um in den Genuss einer annehmbaren Pension zu kommen.

Wir bleiben beim Nein!

Wir sagen weiter Nein zur aktuellen Vorlage der Pensionsreform. Wir fordern, dass am 1. Januar 2013 die geschuldete Anpassung (Ajustement) der Pensionen ausbezahlt wird. Wir wehren uns dagegen, dass scheinbar die Anpassung der Pensionen an die Lohnentwicklung abgeschafft wird.

Die Regierung scheint aus den Augen verloren zu haben, dass die bei der Pensionsreform kaschierte Lebensarbeitszeiterhöhung nicht dazu beitragen wird, die steigende Jugendarbeitslosigkeit zurückzudrängen. Vor allem in Krisenzeiten müssten doch alle Hebel in Richtung Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Bewegung gesetzt werden. Anstatt nur auf Spar- und Austeritätsmaßnahmen zu setzen, die dann auch fast ausschließlich die Schaffenden und die Pensionierten treffen.

Und die bei der Vorstellung der Haushaltsvorlage 2013 aufgetischten Austeritätsmaßnahmen scheinen anscheinend noch nicht zu genügen. Unser außerordentlicher Kongress am letzten 9. Oktober erteilte unmissverständlich allen Austeritätspolitikern eine klare Absage.

Der Kongress war in Sachen Beschäftigungspolitik sehr deutlich. Er forderte zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, vor allem um der Jugend eine Chance auf Arbeit zu geben, eine offensive Beschäftigungspolitik.

Und auch gerade da wo die Politik Entscheidungsgewalt hat, in den Staats- und Gemeindeverwaltungen respektive in den öffentlichen Betrieben, müsste es doch Pflicht sein Arbeitsplätze zu schaffen.

Darüber soll die Politik auch Sorge tragen, dass die Qualität der Beschäftigung verbessert wird. Mit pre-

kären Arbeitsverhältnissen, mit Arbeitsverträgen auf bestimmte Zeit und Leiharbeit, ist unbedingt aufzuräumen. Es kann nicht sein, dass die Beschäftigten zu einer Ware degradiert werden.

Arbeitgeberverband fordert uns heraus

Auch soll den Beschäftigten den ihnen zustehenden Teil der erwirtschafteten Mehrheiten gewährt werden in Form von anständiger Bezahlung und Verbesserung der Kollektivverträge. Dabei ist nicht zu vergessen, dass die Arbeitgeber sich immer dreister benehmen und versuchen immer mehr das politische Geschehen zu beeinflussen. Am Rande sei gesagt, dass auch CFL cargo Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist.

Der von der UEL am 15. Oktober 2012 an die Politik gerichtete offene Brief spricht Bände. Ein Teil ihrer Politik richtet sich gegen die öffentlichen Bediensteten. Sie geben zu gegen den Gehältervertrag im öffentlichen Sektor gewesen zu sein. Darüber hinaus werden sie nicht müde den Index in Frage zu stellen. Und sie stellen in Aussicht, dass sie noch in diesem Jahr Vorschläge unterbreiten werden, um die öffentlichen Ausgaben zu bremsen. Auch die Vorlage zur Pensionsreform geht ihnen nicht weit genug. Wenn sie dann einmal zur Kasse gebeten werden sollen, dann fangen sie an sich zu wehren und zücken ihre liebste Waffe, die Wettbewerbsfähigkeit. Auch verfehlen sie nicht Drohungen auszusprechen. Die Erhöhung der sozialen Beiträge würde den Kostenpunkt der Arbeit aufblähen, der Wettbewerbsfähigkeit schaden und negativ für die Beschäftigung sein.

Und in der Summe ihrer Überlegungen wollen sie eine Pensionsreform, so deuten wir es jedenfalls, die noch schlimmer aussehen soll als die vorliegende. Das Salarium und die Pensionierten sollen bluten, die Arbeitgeber leben wohlhabend vom Schweiß der Ersteren.

Die Devise „Zusammen stark“ muss auch gegen die Politik des Arbeitgeberverbandes gelten.

Kundgebung der Gewerkschaften gegen die Rentenreform am Clairefontaine-Platz

Ein starkes Signal

Trotz kühler Witterung und einem (für viele Berufstätige) recht frühen Beginn, folgten am 16. Oktober 2012 etwa 2500 Menschen dem Aufruf von OGBL, FNCTTFEL-Landesverband, CGFP, FGFC, Syprolux und Aleba zur Demonstration gegen die Regierungspläne in Sachen Renten.

Auch wenn sich die Organisatoren mehr junge Menschen unter den Demonstranten gewünscht hätten, so zeugte die hohe Teilnehmerzahl und die massive Präsenz von Rentnern und Noch-Berufstätigen von der Ablehnung des Rentenpaketes, das der Sozialminister dem Parlament vorlegen will.

Den stärksten Block bildete gestern die größte Gewerkschaft des Landes, die auch Ausrichter der Veranstaltung war. Die roten OGBL-Fahnen, Schals und Jacken prägten den Platz. Doch auch die anderen Arbeitnehmerorganisationen waren mit starken und lauten Delegationen präsent.

Unterstützung erhielten die Gewerkschaften u.a. von verschiedenen Amiperas-Sektionen, sowie vom vom „Lëtzeburger Rentner an Invalideverband“, von den Parteien „déi Lénk“ und KPL.

Die beiden Abgeordneten Vera Spautz (LSAP) und Serge Urbany („déi Lénk“) demonstrierten ihre Unterstützung der Gewerkschaften durch ihre Anwesenheit.

Der Platz war bereits kurz vor der Veranstaltung gut gefüllt; während der drei Ansprachen kamen noch weitere Demonstranten hinzu, so dass die Menge bis zum früheren Lassner (Knuedler) stand.

Gut 2500 mögen es demnach gewesen sein, die repräsentativ für die Mehrheit der Bevölkerung des Landes physisch gegen die Reform eintraten.

OGBL-Nationalpräsident Jean-Claude Reding: „Uns reicht’s“

Ein trotz Erkältung hoch motivierter und zuweilen sehr emotionaler OGBL-Nationalpräsident Jean-Claude Reding wusste gestern den bis mehr als auf den letzten Platz gefüllten place Clairefontaine für sich einzunehmen.

Die Forderungen, die Jean-Claude Reding gestern vor mehr als 2500 Demonstranten sowohl in luxemburgischer als auch in französischer Sprache ausführte, waren hinlänglich bekannt. Dennoch.

Seine Aussage, dass die Regierung das Rentenalter heraufsetzen will, dies obwohl die Arbeitslosenzahlen, besonders bei Jugendlichen, stetig steigen, stieß nicht nur bei den Gewerkschaftsmitgliedern auf ein demonstrativ negatives Echo. Ein erstes Signal in Richtung der umliegenden Ministerien.

Eingangs warnte der OGBL-Präsident davor, dass alle Verbesserungen im allgemeinen Rentensystem, die in den vergangenen 25 Jahren erzielt werden konnten, durch die vorliegende Rentenreform abgeschafft würden. „Dies ist kein Fortschritt, sondern ein ganz klarer Rückschritt“, so seine Aussage. CSV und LSAP seien nicht gewählt worden, um diese Politik zu machen.

Jean-Claude Reding erinnerte anschließend daran, dass die geplante Rentenreform, mit all ihren bis dato vorgelegten Mängeln, weit über diesen Gesetzentwurf hinausgehe. Es gehe auch um die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten, um das Mitspracherecht der Gewerkschaften in der Arbeitswelt. Es gehe darum, klare Rechte für den Arbeitnehmer, klare Pflichten für den Arbeitgeber zu definieren.



Gewerkschaftliche Einheit gefragter denn je

Foto: Pit Becker

ren. Außerdem seien alle Forderungen hinsichtlich der Angestellten, die in vor allem körperlich schweren Berufen arbeiten, vom Minister abgelehnt worden.

In diesem Sinne, erklärte Reding, müsse die Grundrente auch um 30Prozenterhöht werden.

In seiner Rede vergaß er nicht zu erwähnen, dass die Gewerkschaftsfront, allen voran der OGBL, zusätzliche Finanzierungsquellen des Rentensystems sowie eine allen zugängliche öffentlich-rechtliche Zusatzrente verlangt.

Reding erinnerte dann auch daran, dass es absolut keinen Grund gebe, die Renten Anpassung zum 1. Januar auszusetzen. Dies käme einem Rentenklau auf Kosten der heutigen, aber auch der zukünftigen Rentner gleich.

Jean-Claude Reding warnte abschließend die Regierung davor, unter dem Deckmantel der Krise Einsparungen auf Kosten immer der gleichen Bevölkerungsgruppen vorzunehmen.

Die Tatsache, dass sich der LCGB von der aus sechs Gewerkschaften bestehenden und seit Jahren funktionierenden Front distanziert habe, bezeichnete der OGBL-Präsident als Fehler.

Romain Wolff (CGFP): „Zusammen stark“

CGFP-Generalsekretär Romain Wolff warnte gestern in seiner Ansprache vor einer weiteren Aussetzung der Index-Lohnanpassung sowie vor weiteren Austeritätsmaßnahmen der Regierung. Vor allem sprach er sich entschieden für den Erhalt der automatischen Anpassung der Pensionen der Ruhestandler an die allgemeine Lohnentwicklung aus.

Nach Auffassung der CGFP ist es nämlich unverständlich und inakzeptabel zugleich, dass die Personen im Ruhestand, Witwen und Hinterbliebenen auf einmal nicht mehr Anteil haben sollen an der allgemeinen Einkommensentwicklung und am Wirtschaftswachstum. Wolff hob außerdem hervor, dass sich seine Gewerkschaft auch künftig entschieden gegen jedwe-



Mehr als 2500 Demonstranten gegen Sozialabbau

Foto: Pit Becker



Am Rande...

Fabienne Lenz „Bevölkerung dagegen“

Fabienne Lenz (Sprecherin von „déi Lénk“) zeigte sich zufrieden über jüngste Umfrageergebnisse, die eine breite Ablehnung der Reform unter der Bevölkerung zeigten.

Die wenigen kosmetischen Korrekturen, die nun von der Regierung vorgeschlagen worden seien, würden nichts an der prinzipiellen Ablehnung des Projektes ändern.

Ein ausgeglichener Text

Der für die Renten zuständige Minister Mars di Bartolomeo sah der Kundgebung gestern entspannt voraus.

Die Gewerkschaften würden ihre Arbeit tun, er die seine. Sein Ziel sei es, einen ausgeglichenen Text auf den Instanzenweg zu schicken.

Gemeinsam mit der Präsidentin der Sozialkommission im Parlament, Lydia Mutsch, arbeite er zurzeit am Feinschliff zu den Texten. Die Grundrente werde erhöht, so Di Bartolomeo, die Anrechnung der Studienjahre werde beibehalten. Weiter unterstrich der Minister, die Reform werde der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung angepasst.

Eine Zusatzversicherung werde unter Kontrolle der Berufskammern ermöglicht.

Johann (23): „Wohin führt das?“

Einer der jüngeren Teilnehmer an der Demo bedauerte, dass nicht mehr Menschen aus seiner Generation an der Demo teilnahmen. Dabei seien die jungen Leute besonders betroffen.

Noch habe er nichts Schriftliches zu der Aussage gesehen, die Studienjahre würden angerechnet werden.

Weiter fragte der junge Mann, wo die Rentenpolitik hinführen werde: „Müssen wir demnächst 50 Jahre arbeiten, um in den Genuss einer Rente zu kommen?“

den schleichenden Abbau im Pensionswesen stark machen werde. Eine Neuauflage von dem, was in den 90er Jahren passierte, könne die CGFP nicht hinnehmen. Schon damals hätte der öffentliche Dienst erfahren müssen, wie sich eine Regierungskoalition von gleicher Zusammensetzung rücksichtslos und trotz rechtskräftiger Verurteilung mithilfe einer willfährigen Mehrheit durchsetzte und ihre verwerflichen Pläne umsetzte.

Wolff erinnerte dann auch an den in den Augen seiner Gewerkschaft verfassungswidrigen Ausschluss des öffentlichen Dienstes von der Möglichkeit auf eine Zusatzpension nach den Bestimmungen des zweiten Pfeilers der Altersvorsorge. Gerade in dieser Frage werde schnelles Handeln verlangt, ganz im Sinne des für alle Bürgerinnen und Bürger geltenden Rechts.

Ähnlich wie OGBL-Nationalpräsident Jean-Claude Reding appellierte er an alle Gewerkschaftsmitglieder jeglicher Couleur, sich nicht auseinander dividieren zu lassen und sich gemeinsam gegen den von CSV und LSAP geplanten Sozialabbau zur Wehr zu setzen.

Marc Glesener (Aleba): „Reform muss vom Tisch“

Der Präsident der Banken- und Versicherungsgewerkschaft Aleba, Marc Glesener, ging auf eine Aussage von Sozialminister Mars di Bartolomeo ein, der meinte, dass bei einer längeren Lebenserwartung eine etwas längere Lebensarbeitszeit wohl normal sei.

Diese Aussage sei doppelt falsch: Zum einen würde die Jahresarbeitszeit im EU-Vergleich in Luxemburg mit am höchsten liegen, und viele Menschen seien einfach körperlich nicht in der Lage, länger zu arbeiten.

Nicht zumutbar

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit sei demnach vielen nicht zumutbar. Außerdem würden die Produktivitätssteigerungen der vergangenen und der künftigen Jahre die Renten auch in Zukunft



Foto: Pit Becker

absichern. Glesener erinnerte daran, dass die Pensionskasse Ende 2010 10,5 Milliarden Euro Reserven aufzeigte, was vier Jahren Rentenauszahlungen entspreche.

In Deutschland reiche diese Reserve für sechs Wochen.

Besonders für die jungen Menschen, die aufgrund höherer Erwartungen in ihre Ausbildung länger studierten, würde die verlängerte Lebensarbeitszeit ein Prob-

lem darstellen. Glesener verwies weiter auf Hungerrenten, die es immer noch gebe und auf zahlreiche Rentnerinnen, die Pensionen unter der Armutsgrenze beziehen würden.

Diese Reform müsse vom Tisch, so der Aleba-Präsident abschließend.

Robert Schneider,
Tom Wenandy

Nobelpreis für die E.U.



Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Europäische Union hat unterschiedliche Reaktionen ausgelöst. Dies ist nicht weiter verwunderlich, da einerseits der Zusammenschluss der Staaten Europas uns eine lange Friedensperiode beschert hat, andererseits aber, die aktuelle europäische Politik für den Abbau von sozialen und demokratischen Grundrechten mitverantwortlich zeichnet.

Als freie Gewerkschaften haben wir von Beginn an das europäische Einigungswerk unterstützt. Wir wollten und wollen auch weiterhin ein vereintes Europa, wo die Menschen in Frieden, Freiheit und Demokratie leben können. Ein Europa der Vollbeschäftigung, mit einer starken sozialen Absicherung und guten sozialen und öffentlichen Dienstleistungen, die es allen Menschen erlauben gleichberechtigt am sozialen und

öffentlichen Leben teilzunehmen. Diese Zielsetzungen waren anfänglich auch in den Köpfen von vielen europäischen Politikern präsent. Sie hatten nach den Wirren des zweiten Weltkrieges erkannt, dass man nicht alle Tätigkeiten der freien Wirtschaft und den Marktkräften überlassen könnte. Der aus dieser Erkenntnis heraus erfolgte Ausbau der Sozialversicherungssysteme und die Schaffung einer Vielzahl von sozialen und öffentlichen Dienstleistungen, in öffentlicher Hand, haben uns einen bis dahin nie gekannten sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung beschert. Leider hat die in Europa betriebene Politik, in den letzten Jahrzehnten, sich immer mehr von den oben genannten Tugenden verabschiedet. Die freie und ungezügeltere Marktwirtschaft ist zum alles beherrschenden Leitmotiv geworden. Diesem Leitmotiv werden die Sozialbedingungen der Arbeitnehmer und die Erbringung von sozialen und öffentlichen Dienstleistungen untergeordnet. Hiervon zeugen u.a. die Liberalisierungsrichtlinien im Energiebereich und bei der Eisenbahn. Auf Grund der Liberalisierung und Privatisierung, allein in diesen Sektoren, wurden in Europa viele tausende von Arbeitsplätzen zerstört, die Sozialbedingungen für die Beschäftigten und die Dienstleistungen für die Benutzer sind schlechter geworden.

Fiskalpakt

Die Krise mit welcher wir augenblicklich konfrontiert sind ist nicht vom Himmel gefallen. Sie

ist das Resultat von wirtschaftlicher Deregulierung, daraus resultierenden ungezügelteren Finanzspekulationen sowie einer restriktiven Lohn- und Sozialpolitik. Wer nun geglaubt hatte die E.U. würde die Krise nutzen um den Sozial- und Umweltpolitiken den Stellenwert einzuräumen der ihnen zusteht, um so den Ausweg aus der Krise zu finden sah sich bitter enttäuscht.

Die europäischen Politiker und die ihnen untergeordneten Technokraten wollen diese Krise offensichtlich benutzen um die neoliberalen Dogmen unwiderruflich in der europäischen Politik und in den diesbezüglichen Verträgen zu verankern. Beispiele hierfür sind Griechenland, Spanien und Portugal welche die Empfehlungen der Troika bestehend aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und Eurogruppe, mit desaströsen Folgen für die Wirtschaft und die Menschen in diesen Ländern umsetzen. Die Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut sowie erhebliche Mängel bei der medizinischen Versorgung resultieren aus dieser Politik.

Doch nicht nur die Griechen, Spanier und Portugiesen riskieren, unter der Vormundschaft der E.U., mit Lohn- und Pensionskürzungen, mit dem Abbau von arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen und dem weiteren Ausverkauf von öffentlichen Betrieben konfrontiert zu werden. 25 Länder der E.U. darunter Luxemburg, haben im März dieses Jahres einen Fiskalpakt beschlossen der Eingang in die Verfassung, respektive in die Gesetzgebung der

einzelnen Ländern finden soll. Dieser „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung der Wirtschafts- und Währungsunion“ soll in Kürze in unserm Parlament, ohne öffentliche Debatte, ratifiziert werden.

Dieser Vertrag verpflichtet die Staaten zu ausgeglichenen Haushalten, wo das strukturelle Defizit 0,5% nicht übersteigen darf. Für Luxemburg hat die E.U.-Kommission ein Haushaltsüberschuss von 0,5% empfohlen. Bei exzessiven Defiziten wird mit der eingebauten automatischen Reduzierung der Staatsausgaben eine mechanische Austeritätspolitik in Kraft gesetzt. Sollte unser Parlament diesem Vertrag zustimmen, so verzichtet es freiwillig auf seine Prärogativen einer demokratischen Haushaltspolitik, und beraubt sich der Möglichkeit eine antizyklische Politik zu betreiben um die Wirtschaft anzukurbeln und um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen.

Schlussfolgernd hoffen wir, dass die Verleihung des Friedensnobelpreises von den nationalen und europäischen Politikern als Appell verstanden wird, der Sozialpolitik in Europa den Stellenwert einzuräumen der ihr zusteht. Dies damit alle Länder zum sozialen Frieden zurückfinden und damit so der innere und äußere Frieden langfristig gesichert wird.

Nico Wennmacher

Kommentar Nobel

Der Friedensnobelpreis wurde bis 2012 insgesamt 125 mal verliehen, davon gingen 86 an Männer, 15 an Frauen und 24 an Organisationen. Dabei war das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) bereits dreimal (1917, 1944 sowie 1963) und das Büro des Hohen UN-Kommissars für Flüchtlinge zweimal Preisträger (1954 und 1981). Damit haben 21 verschiedene Organisationen mindestens einen Friedensnobelpreis erhalten. Eine Person wurde bisher noch nie mehrmals ausgezeichnet. Von den Friedensnobelpreisen wurden insgesamt 63 ungeteilt vergeben, davon 49 mal an eine Person und 14 mal an eine Organisation. Insgesamt 28 mal wurde der Friedensnobelpreis auf zwei Preisträger aufgeteilt; davon 20 mal auf zwei Personen, zweimal auf zwei Organisationen und sechsmal auf eine Person und eine Organisation. Erst zweimal (1994 und 2011) wurde eine Dreiteilung des Preises auf drei Personen vorgenommen.

Bisher wurden auch zwei Gewerkschafter mit dem Nobelpreis ausgezeichnet. Es waren dies im Jahre 1951 der Franzose Léon Jouhaux und 1983 der polnische Solidarnospräsident Lech Wałęsa.

Von allen Nobelpreisen wurde beim Friedensnobelpreis am häufigsten auf eine Verleihung verzichtet. Bereits 19 mal wurde kein Preisträger gekürt, erstmals geschah dies 1914 und zuletzt im Jahre 1972. 70,4 Prozent der 122 verschiedenen Preisträger waren Männer, 12,3 Prozent Frauen und 17,2 Prozent Organisationen.

Politische „Rentrée“ des FNCTTFEL-Landesverbandes

Positive Rentenreform gefordert



Guy Greivelding bei der Eröffnung des Kongresses

Foto: Pit Becker

Am 9. Oktober 2012 kam der Landesverband zu einem außerordentlichen Kongress zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurden einige Posten neu vergeben wie Präsident Guy Greivelding während einer Pressekonferenz am 10. Oktober 2012 erläutert.

Der Vorsitzende ging denn auch auf die Resolution ein, die der Kongress verabschiedet hatte, und erinnerte an die ablehnende Haltung der Gewerkschaft zum vorliegenden Projekt der Rentenreform.

Die Aktiven und Pensionierten würden hierdurch einseitig belas-

tet, die Pensionskürzungen würden bis zu 14 Prozent betragen und das System werde durch diese Reform nicht abgesichert.

Demo am 16. Oktober 2012

In dem Sinne hat sich der Landesverband an der Protestveranstaltung vom 16. Oktober 2012 beteiligt. Greivelding kommentierte weiter den Haushaltsentwurf 2013 der Regierung, der Sparmaßnahmen vorsehe, die einseitig die Lohnempfänger belasten. Unannehmbar sei das Vorhaben der Regierung, die Rentenanpassung 2013 (1,5 Prozent) nicht auszahlen zu wollen. Er warnte vor den Auswirkungen auf Handel und Handwerk, durch diese und andere finanziellen Einbußen.

Unverständlich ist für die FNCTTFEL die vorgesehene Tarifierhöhung beim öffentlichen Transport, bei gleichzeitigen Förderprogrammen für eben diesen öffentlichen Verkehr, der auch ein soziales Instrument sei.

Der Kongress wiederholte die Forderung nach der schnellen Realisierung einer Trambahn in der Stadt Luxemburg. Die Transportinfrastruktur solle allerdings öffentlich gebaut und öffentlich betrieben werden. Im Bereich öffentlicher Dienst verlangt der Landesverband die sofortige Umsetzung des Gehälterabkommens von 2011 und lehnt die Reform des Beamtenstatuts weiter ab. Eine offensive Einstellungspolitik soll als Maßnahme gegen die Arbeits-

losigkeit betrieben werden. Auch die Forderung nach der 35-Stunden-Woche hält der Landesverband aufrecht.

Am 11. Dezember wird der EU-Kommission das 4. Eisenbahnpaket vorgelegt, das die Liberalisierung des Personenverkehrs und die Trennung von Infrastruktur und Betrieb vorsieht. Die FNCTTFEL wird hier gemeinsam mit der europäischen Transportgewerkschaftsföderation ETF in Brüssel gegen die neoliberalen Pläne demonstrieren.

Robert Schneider,
Tageblatt

Résolution:

Société Coopérative
LANDESVERBAND

Le congrès extraordinaire du FNCTTFEL-LANDESVERBAND, réuni le 9 octobre 2012 au Casino Syndical à Luxembourg, approuve les statuts de la nouvelle «Société coopérative LANDESVERBAND».

Il décide de demander l'admission de tous les membres du syndicat FNCTTFEL-LANDESVERBAND comme membres coopérateurs de la nouvelle «Société Coopérative LANDESVERBAND».

Il mandate le Comité Exécutif de payer pour chaque membre une part dans la «Société coopérative LANDESVERBAND».

Il confirme la nomination de MM. Guy Greivelding, Nico Wennmacher, Jean-Claude Thümmel, Roland Schreiner, Mme Michèle Diederich, MM. Yannick Jacques et Romain Roden comme administrateurs de ladite société.

Il propose de désigner M. Georges Melchers et Mme Gaby Birtz comme commissaires aux comptes.

Le congrès donne mandat au conseil d'administration de faire fusionner la Fédération Nationale des Cheminots et des Travailleurs du Transport Luxembourgeois ainsi que la Eisenbahnvereinigung Luxemburg, Berufsgenossenschaft in Luxemburg avec la nouvelle «Société coopérative LANDESVERBAND».

Neue Ämterverteilung

Aus Gesundheitsgründen hat sich der Vizepräsident des Landesverbandes, Justin Turpel, von seinen Ämtern zurückgezogen. Carlo Thissen, bislang Generalsekretär, wird in die Zentraldelegation (Eisenbahnen) wechseln und wird von Jean-Claude Thümmel ersetzt. Fons Classen wird neuer Zentralsekretär Eisenbahnen und Yannick Jacques wurde zum Zentralsekretär öffentlicher Dienst und zum neuen Vizepräsidenten des Landesverbandes gewählt. Roland Schreiner wird das Amt des Generalkassiers übernehmen.

Außerordentlicher Kongress des FNCTTFEL-Landesverbandes

Für eine nachhaltige Transportpolitik

Der Landesverband fordert

- im Interesse der nachhaltigen Entwicklung eine stabile Zukunft für die Eisenbahn, sowohl was den Personen- als auch den Güterverkehr angeht

- eine kontinuierliche Fortführung der Investitionen in die Bahninfrastruktur, so u.a. den unverzüglichen Bau der Bahnstrecke Luxemburg - Kirchberg via Findel mit Anschluss an die Strecke nach Wasserbillig

setzt sich ein für

- bessere grenzüberschreitende Bahnverbindungen, so auch für Fernverkehrsverbindungen nach Deutschland auf ICE-Niveau zu den Ballungsräumen Rhein/Main und Rhein/Ruhr

befürwortet

- den Bau einer Trambahn in der Hauptstadt

fordert

- dass der genannte Zeitplan zum Bau der Trambahn in der Hauptstadt eingehalten wird

- dass diese Trambahn in öffentlicher Hand gebaut und betrieben wird

- dass der kommunale Busdienst als nützliches öffentliches Transportmittel zusammen mit der Trambahn das Rückgrat des öffentlichen Transportes in der Hauptstadt, weiter ist

wehrt sich konsequent

- gegen eine öffentliche Ausschreibung, sowohl was den



Bau als auch den Betrieb der Trambahn angeht. Der öffentliche Transport ist eine öffentliche Dienstleistung, auch mit sozialem Charakter, der mit öffentlichen Geldern finanziert wird.

Eine Vergabe an einen multinationalen Konzern würde sonder Zweifel die Leistung und die Qualität in Frage stellen. Die Lohn- und Sozialbedingungen der Beschäftigten würden verschlechtert

- gegen eine Tarifierhöhung im öffentlichen Transport. Eine solche Entscheidung steht im krassen Widerspruch zu einer

Förderung einer nachhaltigen Transportpolitik, respektive zu einem gewollten Modal-Split von 25/75 % öffentlicher Verkehr

widersetzt sich mit aller Schärfe gegen

- weitere Liberalisierungsschritte im Eisenbahnwesen und somit auch gegen die im 4. Eisenbahnpaket vorgesehene Liberalisierung des nationalen Personenverkehrs auf der Schiene

- die in diesem Paket vorgesehene Zerschlagung der integrierten Eisenbahnunterneh-

men durch die Trennung von Infrastruktur und Betrieb. Eine solche Entscheidung würde nicht nur ein gut funktionierendes integriertes System kaputt machen, auch mehr Verwaltungskosten mit sich bringen, die dann auf das Personal über Stellenabbau, Sozialabbau sowie über schlechtere Löhne und schlechtere Arbeitsbedingungen abgewälzt würden

appelliert

- an die europäischen und nationalen Politiker sich diesen neuen Liberalisierungsplänen energischst zu widersetzen

- ruft seine Mitglieder auf, sich für Aktionen sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene bereit zu halten, um diese ideologisch geführte europäische Eisenbahnpolitik nach vielen Jahren der Zerstörung zu Fall zu bringen.



Für öffentliche Dienstleistungen in öffentlicher Hand

Gehälterrevision und Statutenreform



Nico Wennmacher bei der Präsentation der Statutenprojekte

Foto: Pit Becker

Der FNCTTFEL-Landesverband fordert, dass

- der 2011 ausgehandelte Gehältervertrag unverzüglich umgesetzt wird;

erwartet

- von den Parlamentariern die geplante Gehälterrevision und die Reform des Statuts mit allen ihren negativen Seiten abzulehnen. Die Kürzung der Anfangsgehälter, die Verlängerung der Stagezeit und die Einführung eines Bewertungssystems, das nie objektiv sein kann, muss Grund genug sein für sozial engagierte Politiker diese Reform zurückzuweisen;

fordert

- als eine bei den CFL und im Gemeindefektor repräsentative Gewerkschaft sowohl zu den Gehälterverhandlungen als auch zu Verhandlungen über Revisionen des Beamtenstatuts und der Gehälter zugelassen zu werden;

- die Einführung von demokratisch gewählten Personalvertretungen beim Staat;

lehnt

- nach wie vor die Liberalisierung von öffentlichen Dienstleistungen ab;

setzt sich weiter dafür ein, dass

- alle diese Dienstleistungen in öffentlicher Hand bleiben. Eine Privatisierung würde sich negativ auf die Qualität der Dienstleistung als auch auf die Beschäftigung im öffentlichen Dienst niederschlagen. Die öffentliche Dienstleistung darf nicht zu einer Handelsware werden, so z.B. auch das Wasser als Grundnahrungsmittel;

erwartet

- von den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben eine offensive Einstellungspolitik, um mitzuhelfen, die Arbeitslosigkeit, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit zurückzuführen.

Reformen

Gegen jedweden Sozialabbau

Der FNCTTFEL-Landesverband weist alle Austeritätspolitiken, welche alle Sozialabbau beinhalten mit aller Vehemenz zurück.

Er fordert

- die sofortige Zurücknahme der im Januar beschlossenen Indexmanipulation und die volle Wiedereinführung des gesetzlichen verankerten Indexsystems zur Erhaltung der Kaufkraft;
- die Wiedereinführung der Indexierung der Familienzulagen. Durch die 2006 beschlossene Desindexierung nahmen diese Zulagen um satte 13% in ihrem Wert ab;
- die Beschäftigten an den erwirtschafteten Mehrwerten in den Betrieben über den Weg von annehmbaren Verbesserungen der Kollektivverträge teilnehmen zu lassen;
- zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, vor allem um der Jugend eine Chance auf Arbeit zu geben, eine offensive Beschäftigungspolitik. Staat, Gemeinden und alle anderen öffentlichen Betriebe sind in der Pflicht mitzuhelfen dieses Ziel zu erreichen;

- gleichzeitig zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit die Einführung der 35-Stundenwoche. Die letzte Reduzierung der wöchentlichen Arbeitszeit geht auf 1970 zurück;

sagt Nein

- zu einem negativen Reformprojekt für die Pensionen, welches die aktiven und die Pensionierten einseitig belastet und die Pensionssysteme nicht wirklich absichert;

- zu Pensionskürzungen, die für die zukünftigen Pensionsempfänger bis zu 14% Einkommenseinbrüche mit sich bringen;

- zu einer Erhöhung des Pensionsalters, der über den Weg der Verschlechterung der Pensionsleistungen erwirkt werden soll. Eine solche Erhöhung würde konträr sein zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit;

fordert

- eine positive Pensionsreform, welche die Leistungen für die heutigen und zukünftigen Pensionierten garantiert und das Recht auf Arbeit für die jungen Menschen respektiert;

- die Wiedereinführung der Spezialregime für Lokführer, Busfahrer, Feuerwehrleute sowie die Einführung eines solchen Spezialregime für Beschäftigte, die unter schweren Bedingungen ihre Arbeit verrichten müssen;

- die integrale Ausbezahlung des geschuldeten „Ajustement“ am 1. Januar 2013;

Statuten und Resolution

Der außerordentliche Kongress vom vergangenen 09. Oktober hatte neben den neu zu besetzenden Posten in der Exekutive noch zwei weitere wichtige Entscheidungen zu fällen. Zum einen stand ein komplett neues Dokument zur Schaffung einer neuen „Société coopérative Landesverband“ auf dem Programm. Dieser Schritt war schon seit längerem überfällig. Es ist von existenzieller Wichtigkeit, dass die Genossenschaft in Zukunft vom Gewerkschaftsbund getrennt eine legale Basis hat. Nico Wennmacher, der Präsident der Statutenkommission, stellte unter Punkt 6 der Tagesordnung des Kongresses, das Projekt vor. Nach einer intensiven Debatte wurde der neue Genossenschaftsbund bei 10 Enthaltungen von den Delegierten gutgeheißen. Das überarbeitete und den veränderten Anforderungen angepasste Statutenprojekt des Berufsverbandes wurde einstimmig vom Kongress angenommen.

Eine an die gewerkschaftspolitische Stellungnahme des Verbandspräsidenten anschließende, zum Votum der Delegierten gestellte Resolution für eine nachhaltige Transportpolitik, für öffentliche Dienstleistungen in öffentlicher Hand und gegen jedweden Sozialabbau, wurde einstimmig angenommen.

Réckbléck

- Die Kameraden Guy Greivelding und Carlo Thissen hatten am 2. Oktober 2012 ein Gespräch mit den Verantwortlichen des AV-Dienstes, Frau Monique Buschmann und Herrn Jean Schmitz. Hier wurde u.a. das berüchtigte Dress-Guide erörtert.

- Die Verbandsleitung tagte am 3. und am 15. Oktober 2012.

- Der Sektor Pensionierte organisierte am 6. Oktober 2012 die Rentnerfeier mit Jubilarenehrung.

- Eine Delegation des FNCTTFEL-Landesverband, bestehend aus den Kameraden Guy Greivelding, Jean-Claude Thümmel, Roland Schreiner, Yannick Jacques, Romain Roden und Carlo Thissen, traf am 8. Oktober 2012 den Nachhaltigkeitsminister zu Gesprächen über die zukünftige Trambahn für die Stadt Luxemburg.

- Am Abend des 9. Oktober 2012 fand der außerordentliche Kongress des FNCTTFEL-Landesverbandes statt. Neben Statutenänderungen des Genossenschaftsbundes bzw. des Berufsverbandes gab es auch Teilwahlen zur Erneuerung der Verbandsleitung. Kamerad Yannick Jacques wurde neuer Vizepräsident der Organisation und neuer Zentralsekretär des Sektors Öffentlicher Dienst, Kamerad Jean-Claude Thümmel wurde als neuer Generalsekretär gewählt, Kamerad Roland Schreiner wurde in das Amt des Generalkassiers gewählt und Kamerad Alphonse Classen als neuer Zentralsekretär des Sektors Eisenbahnen.

- Die Presse war am 10. Oktober 2012 zu einem „Buffet-Presse“ ins Casino eingeladen. Hier wurde den Journalisten die Kongressresolution des Vortages mitgeteilt und sie wurden über die neue Zusammensetzung der Verbandsleitung informiert.

- Am 16. Oktober 2012 beteiligte sich der FNCTTFEL-Landesverband an der mit OGBL, CGFP, FGFC, Aleba und FCPT-Syprolux zusammen organisierten Demonstration gegen die anstehende Pensionsreform. Mit bis zu dreitausend Militanten auf dem Clairefontaine-Platz in Luxemburg war die „Manif“ ein großer Erfolg.

- Die neuen Klassen von Lokführern/innen und Zugbegleitern/innen bei den CFL waren am 19. Oktober 2012 zu einem Mittagsbuffet ins Casino Syndical eingeladen.

- Die „Commission paritaire“ bei den CFL traf sich ein erstes Mal am 23. Oktober 2012, um über die Umsetzung der Reform des Statuts der öffentlichen Beamten bei den CFL zu verhandeln.

Carlo Thissen

Redaktionsschluss für die nächste Nummer des

„Le Signal“

Dienstag, 6. November 2012

FNCTTFEL-Landesverband bei Minister Claude Wiseler

Befürchtungen in puncto Tram nicht ausgeräumt



Tram und Anbindung Findel an das Eisenbahnnetz bleiben Prioritäten für den Landesverband

Foto: Pit Becker

Am 8. Oktober 2012 weilte eine Delegation des FNCTTFEL-Landesverband, bestehend aus den Kameraden Guy Greivelding, Jean-Claude Thümmel, Roland Schreiner, Yannick Jacques, Romain Roden und Carlo Thissen, zu Gesprächen beim Nachhaltigkeitsminister Claude Wiseler. Eines der Hauptthemen war die zukünftige Trambahn für die Stadt Luxemburg.

Der FNCTTFEL-Landesverband bekundete sein Ja für dieses umweltfreundliche und fortschrittliche Transportmittel für unsere Hauptstadt. Er machte dem Minister auch klar, dass die Tram in öffentlicher Hand gebaut und betrieben werden muss. Auch die Wartung des Fahrmaterials muss durch die

öffentliche Hand geschehen. Leider konnte der Minister diese Forderungen nicht vollends gutheißen, denn es müsse noch geprüft werden, ob diese mit der europäischen Direktive im Einklang sind. Der Minister bestätigte, dass der Bau der Tram ab 2014 beginnen wird.

Eisenbahnstrecke nach Kirchberg über Findel nicht aus den Augen verlieren

Obschon der FNCTTFEL-Landesverband die Trambahn voll und ganz unterstützt und in diesem Zusammenhang auch die Zughaltestelle „Roud Bréck“ mitträgt, bezweifelt er, dass diese Projekte alleine die nötigen Kapazitäten schaffen werden, um das Kirchberg-Plateau ordentlich an den öffentlichen Transport anzuschließen. Für den FNCTTFEL-Landesverband ist die Anbindung des

Kirchberg an das Eisenbahnnetz mittels der Strecke über Findel eine zusätzliche wichtige Investition, die nicht aus den Augen zu verlieren ist. Dies umso mehr, da in Findel bereits alle bautechnischen Vorarbeiten getätigt sind für den unterirdischen Bahnhof am Flughafen. Die Eisenbahnstrecke nach Kirchberg ermöglicht nämlich direkte Zugverbindungen aus den meisten Regionen des Landes und den benachbarten Grenzregionen. Leider sieht der Minister dieses Bauvorhaben wegen der aktuellen Finanzlage auf die „sehr“ lange Bank gesetzt.

AVL soll wichtiges Transportmittel in der Hauptstadt bleiben

Das Ministerium und der FNCTTFEL-Landesverband sind sich einig darüber, dass auch nach der Inbetriebnahme der hauptstädtischen

Straßenbahn, dem städtischen Busbetrieb AVL noch immer eine wichtige Rolle als öffentliches Transportmittel zu Teil werden wird.

Des Weiteren bestätigte der Minister die Fortschritte im Projekt des Ausbaus der Eisenbahnstrecke zwischen Luxemburg und Bettemburg. Der FNCTTFEL-Landesverband bemängelt trotzdem das langsame Vorankommen dieses Projektes. Beide Seiten begrüßten die baldige, noch in diesem Herbst, Inbetriebnahme der Zweigleisigkeit zwischen Petingen und Luxemburg-Hollerich.

Für den FNCTTFEL-Landesverband ist aber unbedingt erforderlich, dass bei Einführung des Halbstundentakts auf der Petingen Strecke und später zudem auf der oberen Nordstrecke auch ausreichend Personal zur Verfügung steht, um

die zusätzlichen Zugleistungen zu fahren.

Verbesserung der Auslandsverbindungen gefordert

Der FNCTTFEL-Landesverband beklagte die Aussage der belgischen Infrabel, dass die Modernisierung und der Ausbau der Eisenbahnstrecke Luxemburg - Brüssel (B) erst nach 2021 in Angriff genommen werden kann. Trotz des ab 2014 eingeführten Rheinlandpfalztafkes, der merkliche Verbesserungen bei den Eisenbahnverbindungen zwischen Luxemburg und Koblenz (D) mit sich bringen wird, aber nur auf interregionaler Ebene, fordert der FNCTTFEL-Landesverband weiterhin die Wiedereinführung von internationalen Verbindungen auf IC-Niveau zwischen Luxemburg und den deutschen Ballungszentren und Metropolen im Rhein-Ruhrgebiet sowie im Rhein-Mainraum. Er informierte den Minister, dass er bereits zusammen mit deutschen Gewerkschaftskollegen Kontakte mit politischen Verantwortlichen in Rheinlandpfalz und im Saarland zu diesem Thema geknüpft hat. In beiden Dossiers, sowohl die Verbindungen nach Brüssel (B) als auch die nach Deutschland sieht der FNCTTFEL-Landesverband den luxemburgischen Nachhaltigkeitsminister in der Verantwortung, Druck auf seine Amtskollegen in Belgien und Deutschland auszuüben.

Der FNCTTFEL-Landesverband brachte dem Minister sein Unverständnis für die geplanten Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Transport zum Ausdruck. Dies sei ein falsches Signal für eine nachhaltige Transportpolitik und kontraproduktiv zum Erreichen des „Modalsplit 25/75“.

Carlo Thissen

LSAP-Fraktion empfängt Delegation des Landesverbandes

Schneller Ausbau des Schienennetzes gefordert



Der Meinungs austausch fand in freundschaftlicher Atmosphäre statt

Die LSAP-Fraktion, vertreten durch den Fraktionspräsidenten Lucien Lux und die Abgeordneten Marc Angel und Roger Negri, empfing kürzlich eine Delegation des Landesverbandes, um über den geplanten Bau der Tram, sowie über die Anbindung des Luxemburger Zugver-

kehrs an das internationale Schienennetz zu diskutieren.

Was die Tram betrifft, stellen die Vertreter des Landesverbandes sich vor allem Fragen, was den zukünftigen Betreiber angeht. Sie befürchten, dass im Fall einer internationalen Ausschreibung ein privater Betreiber Profit aus einer teuren Infrastruktur zieht, die öf-

fentlich finanziert wurde, und sich zurückzieht, sobald das Unternehmen keinen Gewinn mehr abwirft. Von den Arbeitsbedingungen für die Angestellten ganz zu schweigen. LSAP-Präsident Lucien Lux sprach sich dagegen aus, einem privaten Betreiber die Kontrolle über die Tram zu überlassen. Sollte ein Konsortium die Rolle des Betreibers übernehmen, müsse die

öffentliche Hand unbedingt die Mehrheit der Anteile halten. Die LSAP-Fraktion will den zuständigen Minister bitten, zu den diesbezüglichen Plänen der Regierung Stellung zu nehmen. Was die Trassenführung angeht, bedauert der Landesverband, dass die Anbindung des Kirchberg über den Flughafen Findel aus dem Konzept gestrichen wurde. Es bestehen Zwei-

fel daran, dass eine Haltestelle unter der roten Brücke genug Kapazitäten hat um eine reelle Alternative zu sein, zumal die Verbindung zum Flughafen für den Frachtverkehr eine wesentliche Rolle spielt. Besorgt sind die Vertreter des Landesverbandes über die Ankündigung der belgischen Schienennetzbetreibers „Infrabel“, die Modernisierung der Strecke Luxemburg - Brüssel auf belgischer Seite um mehrere Jahre bis 2022 zu verschieben. Der Landesverband will sich auf jeden Fall dafür einsetzen, dass die Arbeiten nicht aufgeschoben werden.

Der LSAP-Abgeordnete Roger Negri teilt die Einschätzung des Landesverbandes, was die Bedeutung dieser Strecke für die Anbindung Luxemburgs an das internationale Schienennetz betrifft. Er will diese Frage schon bald im Rahmen der Arbeiten des Benelux-Parlamentes aufwerfen.

Verbesserungsfähig scheinen dem Landesverband weiterhin die Verbindungen in Richtung Deutschland. Hier fordert er direkte Verbindungen auf ICE-Niveau nach Köln und nach Frankfurt. Auch nach Saarbrücken sollte die aktuelle Busverbindung durch Direktzüge ersetzt werden.

Question Parlementaire

Travaux reportés jusqu'en 2022?

D'après un article paru dans La Libre Belgique en date du 30 août 2012, «INFRABEL», le gestionnaire du réseau ferroviaire belge, chargé d'effectuer les travaux de modernisation de l'axe ferroviaire Bruxelles-Luxembourg, aurait reporté lesdits travaux à 2022, alors que l'achèvement de ce projet fut initialement prévu pour 2013 et que le nouveau plan d'investissement 2013-2025 du rail belge est encore en cours d'élaboration.

Rappelons également dans ce contexte la réponse de Monsieur le

Ministre à la question parlementaire numéro 1898 du 31 janvier 2012 selon laquelle les travaux de développement de la ligne 162 n'auraient été «ni suspendus, ni remis en question».

Dès lors, j'aimerais poser les questions suivantes :

1. Monsieur le Ministre est-il au courant de la décision prise par «INFRABEL»?
2. Les travaux de modernisation de la ligne nationale Luxembourg-Kleinbettingen étant en cours, la décision de reporter la modernisation du tronçon belge à 2022 ne risque-t-elle pas de léser les objectifs com-

muns de développement et d'attractivité du transport ferroviaire entre les deux villes?

3. Comme suggéré dans la réponse à la question parlementaire énoncée ci-avant, où en sont les discussions entre les partenaires concernant «l'analyse des solutions alternatives», notamment en ce qui concerne le projet EuroCapRail?

Roger Negri,
député



Réponse de Monsieur le Ministre

Travaux n'avancent que lentement

Par sa question parlementaire, l'honorable Député souhaite s'informer au sujet du ralentissement des travaux de modernisation prévus sur le territoire belge de la ligne de Luxembourg à Bruxelles.

Le gestionnaire de l'infrastructure belge, Infrabel, a confirmé que lesdits travaux de modernisation ne seront achevés qu'en 2021-2022, au vu de l'incertitude de la mise à disposition de moyens financiers suffisants. Les travaux de modernisation entre la frontière belge luxembourgeoise et Bruxelles sont toutefois en cours. Ils ont débuté en 2006, mais n'avancent que lentement, étant donné que ces travaux doivent être exécutés pendant le service normal, tout en assurant la sécurité des circulations ferroviaires.

Les travaux d'entretien, de renouvellement et d'augmentation de la capacité tombent sous la responsabilité des gestionnaires d'infrastructure nationaux.

Les travaux de renouvellement et de modernisation de la ligne de Luxembourg à Kleinbettingen sont réalisés en trois phases. La première phase comprend le renouvellement de toutes les installations de télécommunication et de

signalisation. Ces travaux impliquent aussi la construction d'un nouveau poste directeur en gare de Kleinbettingen. Cette dépense du montant de 42 millions d'euros a été autorisée par la loi du 19 juin 2012 modifiant la loi modifiée du 10 mai 1995 relative à la gestion de l'infrastructure ferroviaire. La deuxième phase comprend la rélectrification intégrale de la ligne, y compris le renouvellement de certains ponts et la suppression du passage à niveau situé en gare de Kleinbettingen. La dépense relative à cette deuxième phase est actuellement estimée à 65 millions d'euros. La troisième phase comprend le renouvellement et la modernisation des installations ferroviaires restantes, y compris les quais et les autres ouvrages d'art.

Ces travaux seront réalisés sur le territoire luxembourgeois et leur exécution n'a pas d'incidence sur le ralentissement de la mise en œuvre du chantier sur le territoire belge. Etant donné que le Luxembourg ne participe pas financièrement aux travaux réalisés sur le territoire belge, ses moyens d'intervention sont limités.

Dans ce contexte, je tiens également à vous signaler que les CFF se sont engagés dans un projet commun avec la SNCB, la SNCF et les CFL pour développer l'offre fer-

roviaire sur la ligne Bruxelles - Luxembourg - Strasbourg - Suisse. Les quatre partenaires ont lancé une consultation du marché (RFI, Request for Information) pour sonder les possibilités de fournisseurs de matériel roulant pendulaire techniquement compatible avec les quatre réseaux traversés et ceci dans le cadre d'un marché de taille limitée (4-6 automotrices). Les résultats de cette consultation sont attendus pour la fin de l'année.

Les quatre partenaires se concerteront ensuite sur la démarche à suivre en fonction de l'impact des résultats sur le plan d'affaires.

En cas d'abandon de la solution pendulaire, la ligne Strasbourg - Bruxelles sera desservie par l'introduction de quatre TGV entre Luxembourg et Strasbourg, ainsi que par la création de trains classiques en correspondance entre Luxembourg et Bruxelles.

Par ailleurs, il faut savoir que le transport international de voyageurs est libéralisé depuis le 1er janvier 2010, de sorte que les moyens d'intervention de la part d'un Etat sont très limités.

Claude Wiseler, Ministre du Développement durable et des Infrastructures

Grenzüberschreitender Schienenverkehr

Bessere Anbindung an das Saarland



Im Fokus stand insbesondere die Verbindung von Saarbrücken über Trier nach Luxemburg

Kürzlich trafen sich Vertreterinnen und Vertreter der SPD Fraktion im Saarländischen Landtag, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft sowie des luxemburgischen FNCTTFEL-Landesverband, um über das Thema „Grenzüberschreitender Schienenverkehr“ zu diskutieren.

„Lange Jahre forderten wir bessere und direkte Zugverbindungen zwischen Luxemburg und Saarbrücken. Die luxemburgische Staatsbahn erkannte das Defizit der schlechten Bedingungen und richtete eine Busverbindung auf dieser Strecke ein, die wohl nützlich ist aber leider, so Guy Greivelding, Vorsitzender des FNCTTFEL-Landesverbandes, von einem privaten Busunternehmen im Auftrag der Bahn gefahren wird.

Ziel muss es aber sein diesen Verkehr auf die Schiene zu bringen“.

Der Zweckverband SPNV Nord hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, um die Verbesserung des Schienenverkehrs Rheinland Pfalz - Luxemburg zu prüfen, dessen Ergebnis in den nächsten Monaten zu

erwarten ist. Die Landtagsabgeordneten Elke Eder-Hippler, Isolde Ries und Eugen Roth versicherten, dass sie ihre Bemühungen, sich weiterhin für eine verbesserte Infrastruktur des Saarlandes und der sogenannten „Großregion „ stark machen werden.

Elke Eder-Hippler verwies auf das in 2008 im Bundesrat beschlossene Fernverkehrsicherungsgesetz, welches nie in den Bundestag eingebracht worden ist. Karl-Heinz Zimmermann und Denise Gross von der EVG stellten fest, dass neben der Anbindung Saarland-Luxemburg auch die Strecke Saarbrücken-Mannheim besser bedient werden müsse. Man einigte sich darauf, dass im Januar 2013 eine Tagesveranstaltung in Trier stattfinden soll, um dieses Thema genauer zu eruieren und adäquate Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Hierzu sollen neben Vertreterinnen und Vertreter der Eisenbahngewerkschaften, die SaarLorLux Internationale, die Zweckverbände SPNV Nord und Süd sowie der zuständigen Ministerien Rheinland-Pfalz, Saarland und Luxemburg eingeladen werden.

20. Internationale Modelleisenbahn-Tauschbörse

Bourse d'échange de Trains Miniatures

28 OCTOBRE OKTOBER 2012
10.00 - 17.00 h/Uhr
organisé par
organisé par
Module-Club Luxembourg

Steinsel G.-D. Luxembourg
Entrée - Eintritt : 4 €
enfants jusqu'à 12 ans entrées libres / Kinder bis 12 Jahre Eintritt frei

Module-Club Luxembourg a.s.b.l.
1, Avenue de la Gare / 14114 Schmitz Tel. (+352) 661 22 00 18 email: moduleclub@module-club.lu
www.module-club.lu

TM-Delegation

Dritte trimestrielle Sitzung der TM-Personalvertretung



Insgesamt 21 Punkte standen auf der Tagesordnung der Septembersitzung der TM-Delegation mit dem Dienstchef Lorang. Die Palette der Tagesordnungspunkte geht von Arbeitsbedingungen über Führerscheine bis hin zu Schutzkleidung.

La délégation du personnel exige que pour la mesure d'exécution N°6 traitant des heures supplémentaires soit appliquée en faveur du personnel de manœuvre de Troisvierges appelé à prêter des séances de travail à la Gare de Luxembourg.

Die in Frage kommenden Rangierer werden rückwirkend und laut der Ausführungsbestimmung N°6 betreffend die geltenden Arbeitsbedingungen entschädigt.

La délégation demande le nettoyage des signaux fixes en Gare de Luxembourg afin d'améliorer la visibilité de ceux-ci.

Diese Sache soll geprüft und vom zuständigen Dienst wenn nötig erledigt werden.

La délégation demande des cours de recyclage pour les CDM opérant au CRM et à la Gare Centrale.

Statt gegeben. Ein solcher Auffrischkurs soll mindestens 1x pro Jahr stattfinden. Für Nachfragen steht ein „Coach“ zur Verfügung.

IS 36 - nous demandons de remettre à jour le fichier «Demande d'attribution d'EPI individuelle». Plusieurs agents du Service TM ne figurent plus sur ce listing, malgré le besoin des EPI (p.ex. agents du DISPATCH).

Die in Frage kommende Auflistung wurde unterdessen angepasst und soll periodisch kontrolliert und gegebenenfalls aktualisiert werden.

Qu'en est-il des licences pour nos conducteurs d'engin moteur ainsi que des notices (Beiblatt) se rattachant aux réseaux limitrophes en général et au réseau SNCB en particulier?

Die ersten Beiblätter und Führerscheine sind ausgestellt. Die „ACF“ wird pro Woche maximal 20 Führerscheine ausstellen. Die Beiblätter werden von der Eisenbahngesellschaft ausgestellt. Bis aller spätestens Oktober 2017 muss alles in Ordnung sein.

Sur les Ae 2213 à 2223, la lampe signalétique «LS-Mémor» constitue encore toujours une forte gêne lors de la conduite. Les délégués demandent à ce qu'il soit remédié à cette situation par l'installation d'un variateur permettant ainsi de régler l'intensité lumineuse.

Die Leuchtmittel werden bis Ende 2012 ausgetauscht um dieses Problem zu lösen.

Bon nombre de moniteurs installés dans les automotrices TER2N permettant la visualisation des portes au moment de l'ouverture et de la fermeture de celles-ci sont dits défectueux. Les délégués demandent à ce que soit procédé à un contrôle de l'ensemble de ces écrans afin de veiller à un fonctionnement optimal.

Bis auf 4 Bildschirme ist das Problem gelöst. Diese verbleibenden werden in naher Zukunft in Stand gesetzt.

Concernant le procédé d'attribution de congé, le groupe A englobe les agents ayant à leur charge des enfants scolarisés. La limite d'âge des enfants a été fixée à 18 ans. Or, les délégués se demandent comment cette limite d'âge est à interpréter? Est-ce qu'il est question du jour où l'enfant atteint ses 18 ans, c'est-à-dire le jour de son anniversaire? Est-il question de 18 ans révolus, c'est-à-dire 19 ans moins 1 jour?

Das jeweilige Stichdatum ist der 31. August. Ist das Kind vor diesem Stichdatum geboren so verfällt dieser Anspruch für das kommende Jahr. Ist es nach dem 31. August des laufenden Jahres geboren bleibt für das folgende Jahr das Anrecht auf Gruppe A bestehen.

A l'atelier Nord, voie 2 les délégués demandent à ce que le banc

de contrôle de concentricité (Rundlaufprüfgerät Windhof) soit équipé après coup d'un moteur. Ceci constituerait non seulement un gain en confort au niveau de la manipulation de cet engin, mais également un gain en productivité.

Wird gemacht!

Au sein de l'atelier le bruit court qu'il est prévu d'introduire le travail de nuit et ceci de façon continue. Si tel est le cas, les délégués désirent être informés sur les points suivants:

- Quel horaire de travail est prévu?
- Quels agents de quelles équipes sont concernés?
- Sera-t-il recouru au principe du volontariat pour l'organisation de cette équipe?
- Quel laps de temps est prévu pour la mise en place de cette équipe?
- Comment les responsables du CRM comptent-ils informer les agents?

Mittelfristig soll alles beim alten bleiben. Es ist allerdings nicht auszuschließen, dass irgendwann auf Nacharbeit zurück gegriffen wird. Das hängt im Wesentlichen von der Gesamtentwicklung ab.

Distributeur de sandwichs - Suite à un certain nombre de réclamations concernant l'assortiment et la qualité des sandwichs, les délégués demandent à ce que soit revu les conditions du marché conclu avec la firme en question. De plus un effort concernant un approvisionnement régulier doit être fait.

Scheint wohl eine Geschmacksfrage zu sein. Der Automat ist regelmäßig leer meint Herr Lorang. Soll trotzdem geprüft werden.

Étant donné que les CFL engagé des entreprises privées comme l'ISS afin de procéder à des travaux de nettoyage, les délégués invitent fortement les responsables du CRM à veiller à ce

que ces gens soient équipés de vêtements de protection adéquats tel qu'il est prévu en cas d'exécution de travaux sales et insalubres.

Der TM-Zentraldienst versichert den Delegierten dass diesbezüglich alles in Ordnung ist.

Les délégués demandent des renseignements sur l'état des mesures à réaliser sur les voies R1, R2, 89, 90 au CRM où les tuyaux de remplissage gèlent en période hivernale.

Da der nächste Winter naht sollen die diesbezüglichen Arbeiten kurzfristig in Angriff genommen werden. Der TM-Dienstchef ruft dazu auf diesem Problem besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Les délégués demandent l'état actuel des travaux sur les toitures du CRR.

Es sind Ausbesserungsarbeiten im Gange. Doch noch ist nicht alles ok. Dienstchef Lorang gibt die Hoffnung nicht auf dass das Dach in näherer Zukunft doch noch dicht gemacht werden kann.

Les délégués demandent l'état actuel d'avancement des travaux du nouvel atelier.

Alles läuft nach Plan und im Januar 2015 soll die neue Werkstätte bezugsfertig sein.

Nous demandons des informations sur les nouveaux roulements: la grille des roulements, les nouveaux trains sur la ligne 7, les roulements pour anciens mécaniciens, agents supplémentaires pour assurer le plus de trains sur la ligne 7.

Das folgende ist derzeit projiziert: Die Züge nach Koblenz werden auch weiterhin laufen. Die Altherrenumläufe werden nach Dienstzugehörigkeit bestückt. Das Roulement 24 wird abgeschafft. Das Roulement 22 wird auf insgesamt 12 Lokführer zurückgefahren. Auf isolierte Ruhetage soll in den Umläufen verzichtet werden. Die Reserve soll in ein „grünes Roulement“ integriert werden. Mit einem fixen Ruhetag. Und abschließend, ab Fahrplanwechsel sollen

Stadler

Concernant les automotrices du type STADLER, il est prévu qu'une motrice soit livrée fin 2012 pour l'homologation. En 2013 les motrices devraient donc venir pour subir les opérations d'entretien prévues. Or, les délégués se demandent les questions suivantes:

- Une équipe spécifique sera-t-elle mise en place?
- De combien d'agents cette équipe sera-t-elle composée?
- À quel moment aura lieu la mise en place de cette équipe?
- Quel impact cette nouvelle équipe aura-t-elle sur l'effectif du CRM?

Im Laufe des Monats November soll eine erste Garnitur geliefert werden, Zwecks Homologierens. Ab Mai 2013 könnten die ersten Stadler-Kiss mit Zulassung dann laufen. Ab Ende November 2012 ist vorgesehen eine Mannschaft bestehend aus +/- 5 Mann zur Ausbildung bei Stadler zu schicken. Die CFL sieht vor die Wartung selbst auszuführen. Welche direkten Auswirkungen dies auf das Gesamteffektiv der Werkstätten haben wird, ist im Moment nicht gewusst.

es 985 Dienstsichten pro Woche sein mit insgesamt 10 zusätzlichen Lokführern.

Nous demandons des informations concernant les licences de conduite sur le réseau SNCB.

Die diesbezüglichen Informationen wurden bereits unter Punkt 5 mitgeteilt.

Nous demandons que les CEM soient formés dès que possible sur un réseau étranger (pas seulement en cas de besoin).

Zuerst einmal müssen alle Lokführer mindestens ein Jahr im nationalen Verkehr unterwegs gewesen sein. Dann erst kommen Lokführer in Frage eine Auslandsausbildung zu machen. Der Bedarf an Lokführern für Auslandseinsätze wird jedes Jahr neu definiert. Und dementsprechend wird ausgebildet.

Bilan de la mise en service du badge électronique au CRM - suivi du point 14 de la réunion des délégués du personnel auprès du Chef de Service TM du 4 juillet 2012.

Das CRM wird einheitlich mit den gleichen Lesegeräten ausgerüstet. Die Zeiterfassung soll nach dem gleichen Muster wie im Direktionsgebäude funktionieren.

Die TM-Personalvertreter

Vito Fasano, Léon Würth, Christian Kremer und Mike Prumbaum

Trimestrielle Sitzung

Personalvertretung des GI-MI Bereichs

Am 27. September 2012 fand die Sitzung bei den Dienstchefs des Service MI statt. Anwesend waren von Chefseite: Frau Zenner L., die Herren Poncin P. und Biver N. und von der Personalvertreterseite Entringer H., Kipchen P., Stefanetti S., Bertemes J. vom Landesverband und Konzem G., Mallinger E. von der Syprolux.

Hoch erfreut nahmen die Personalvertreter zur Kenntnis, dass die Arbeiten zum Containerbau für die Brigade 11 in Mamer mittlerweile begonnen haben, danach werden, wenn auch nur als Provisorium bis das neue Stellwerk steht, die Container für die Circonscription S 14 in Kleinbettingen errichtet. Damit geht eine langjährige Forderung endlich in Erfüllung.

1. Service MI

- 1.1 Die von den Delegierten gefragten Sicherheitshelme (dieselben wie beim MI E) werden bei der EPI Kommission beantragt.
- 1.2 Zu der Anzahl der Parkplätze beim Neubau der Gebäude (MI Dienststellen und Administration) in Hollerich ist die Lage zur Zeit nicht all zu positiv. Vorgesehen sind es nach Genehmigung nur 40 Parkplätze. Dies genügt mit Sicherheit nicht. Leider sind dies Direktiven der Gemeinde Luxemburg an die sich die CFL halten müssen. Wir bleiben am Ball.
- 1.3 Was die Gerüchte zum Bau der neuen Lokale der Dienststellen in Hollerich anbelangt wurden uns folgende Erklärungen gemacht: In der Planung ist vorgesehen ein einziges Gebäude für die Unterkunft der MI Dienststellen und Administration zu bauen. Vorgesehen ist eine gemeinsame Werkstatt zu bauen (300 qm) wo die großen Maschinen wie Standbohrmaschine, Eisen-schneidmaschine usw. untergebracht sind. Durch den hohen Preis dieser Maschinen will man so verhindern diese mehrmals einkaufen zu müssen. Jede Dienststelle soll aber durch Abtrennungen (Gitter oder Mauer) seine eigene Werkstatt er-



halten. Ende 2014 soll das Gebäude errichtet sein.

- 1.4 Da es bei vielen Abstellgleisen an Anschlüsse wie Elektrizität und Trinkwasserversorgung (für die neuen Robel) fehlt, wird eine Liste aufgestellt wo dies der Fall ist.
- 1.5 Angefragt wurde auch die Erneuerung der Parkplätze (Asphalt) beim Gebäude genannt „An der Schneier“ der Dienststellen S33 und Brigade33. Hierbei wird ein Kostenprojekt erstellt.

- 1.6 Bei den Problemen des Gebäudes CLIF in Bettemburg wurde uns erklärt, dass wegen Sicherheitsgründen die Fenster geschlossen sind. Jedoch besteht eine Ventilationsanlage im Gebäude. Bei dieser Anlage wird die korrekte Funktion nachgeprüft. Bei nicht genügender Ventilation muss die Anlage nachgerüstet werden.

- 1.7 Zu den Verschmutzungsproblemen des Postens MI-EA auf der Strecke Rodange Mont-Saint-Martin Pk 0.0 wird eine Umzäunung vor-

gesehen. Es muss aber vorerst mal der Grenzbereich des Geländes an Frankreich festgelegt werden. Hierbei wurde aber gefragt dass dieser Zaun groß genug aufgestellt wird damit man die Möglichkeit hat die Dienstfahrzeuge im inneren des Zauns abzustellen.

2. Verschiedenes

- 2.1 Die Delegierten haben eine Ausbildung zur Bedienung der Hebebühnen der ROBEL-Fahrzeuge für die MI-CST und MI-I Bediensteten bean-

tragt. Hierbei wurde uns zugesagt eine Ausbildung zu organisieren, jedoch wird noch festgelegt wie viel Leute in jeder Mannschaft ausgebildet werden.

- 2.2 Nach den häufigen Ausfällen der neuen ROBEL-Fahrzeugen wurde eine neue Software in diese Fahrzeuge installiert. Danach wurde nur noch ein Vorfall festgestellt.
- 2.3 Die Delegierten haben eine digitale Form der Bereitschaftsdienstlisten gefragt. Diese soll erstellt werden und wird in der nächsten gemeinsamen Sitzung MI/EI diskutiert.
- 2.4 Zum Einbau einer gelben Warnlichtanlage auf den Dienstfahrzeugen werden die Dienstchefs sich weitere Informationen zur Genehmigung einer solchen Anlage informieren.
- 2.5 Entstörungskurse der ESTW Anlagen: Für die MI-Bediensteten wurde festgelegt diese alle 3 Jahre abzuhalten. Desgleichen wird im MI CST auch nach einem neuen Instruktor gesucht. Hierbei wird noch Personal eingestellt (Bachelor in Elektrotechnik). Avis aux amateurs.
- 2.6 Die Sicherheitskleidung der Firma ELIS sollen mehrmals im Monat gereinigt werden. Dies wird der EPI Kommission und dem Service AT (achat) weitergeleitet.
- 2.7 Zur Anschaffung von Thermounterwäsche für die Bediensteten wurde beschlossen dies in der nächsten Dezember-sitzung zu diskutieren, da Herr Kalmes der EPI-Kommission dann anwesend sein wird.

Die Delegierten und Ersatzdelegierten des Landesverbandes

Henri Entringer,
Paul Kipchen
Jean Bertemes,
Serge Stefanetti

Öffentlicher Dienst

TICE

Warum der TICE nun trotzdem nicht nach Küntzig fährt!

Im Kontext der Fusion der Gemeinden Küntzig und Bascharage zur jetzigen Gemeinde »Kaerjeng«, wurde damals von den Befürwortern des Zusammenschlusses so manches versprochen. Darunter auch die direkte Einbindung von Küntzig/Fingig ins Netz des TICE.

Da die Gemeinde Bascharage seit jeher Teilhaber des Interkommunalen Bussyndikates der Südgemeinden ist, erschien das nur eine logische Konsequenz der Fusion zu sein. Wer das glaubte, der hatte aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Und der Wirt ist in diesem Fall der Bürgermeister und Ex-Innenminister Michel Wolter. Während der Wahlkampagne zur

Volksbefragung über die Fusion, wurde den Küntziger Bürgern in Aussicht gestellt, dass im Fall einer Fusion mit Bascharage, auch automatisch der direkte Anschluss an das TICE-Netz, mit all seinen Vorteilen, erfolgen würde. So stand es unmissverständlich im Programm der Fusionsbefürworter. Neben einigen anderen Versprechen, die ebenfalls noch auf ihre Umsetzung warten, wurden damals die Vorzüge einer direkten Einbindung in den Verkehrsverbund TICE hervorgehoben und damit geworben.

Das TICE Syndikat stand der Ausweitung seines Aktivitätsbereiches absolut positiv gegenüber. Wie schon im Fall von Mondorange, der bisher letzten Vergrößerung des Aktionsradius, hat die Be-

triebsführung umgehend die notwendigen Planungen unternommen um den politischen Verantwortlichen ein konkretes Projekt vorlegen zu können. Dieser Ausbau sah eine Buslinie vor, die Lasauvage über Differdingen Zentrum, via Bascharage/Biff Hautcharage, Fingig, mit Küntzig verbinden sollte. Dieses Projekt hätte problemlos umgesetzt werden können und der dazu gehörige Fahrplan lag schon für die Druckerei bereit.

Es sollte aber anders kommen

Nach dem vollzogenen Zusammenschluss der beiden Gemeinden und nach einer Kommunalwahl, wo der austretende Bürgermeister Stimmenverluste in zweistelliger Höhe hinnehmen musste und sein

Amt nur durch eine Koalition mit zwei anderen Listen retten konnte, ist von den gemachten Versprechungen nicht mehr viel übrig geblieben. Anstatt an den TICE, wurde die zusätzliche Busverbindung an den RGTR, genauer gesagt an die Firma Sales-Lentz vergeben. Die offizielle Begründung dafür überrascht uns nicht. Denn wie gewusst, werden die RGTR Linien direkt durch das Transportministerium finanziert, während beim TICE die Gemeinden einen Teil selber zahlen müssen. Worauf man natürlich einwenden könnte, dass in Luxemburg die Ausgaben der Gemeinden, indirekt subventioniert werden. Hinter dieser Entscheidung stehen darum in erster Linie wohl vor allem die handfesten materiellen Interessen des besagten Busunternehmers, der sei-

nen Sitz in der Gemeinde Bascharage hat und wohl über einen direkten Draht zum aktuellen wirtschaftsliberalen Bürgermeister verfügt.

Dieses Beispiel zeigt uns unmissverständlich was die Versprechen von Politikern à la Michel Wolter tatsächlich wert sind wenn es um knallharte Geschäfte geht. Man sollte sich darum auch nicht der geringsten Illusion hingeben was die Zukunft des TICE betrifft, wenn Politiker der selben Orientierung die Mehrheit im TICE Syndikat bekämen. Darum gilt es die Lehren aus der Vergabe der Küntziger Linie nicht zu vergessen.

Sertic Alain

Jubilarenfeier

185 Mitglieder geehrt

Am 6. Oktober 2012 war es für den Präsidenten der Pensionierten eine Ehre, rund 300 pensionierte Mitglieder des Landesverbandes im Casino Syndical begrüßen zu können.

Eine Gewerkschaft kann sich nur dank ihrer Mitglieder für soziales Recht und soziale Gerechtigkeit unter dem arbeitenden Volk einsetzen, dies war und ist im Landesverband der Fall, wie die Jubilarenfeier bezeugte. Für 50, 60 und 80jährige Mitgliedschaft im Landesverband wurden 185 Mitglieder geehrt.

Soziale Gerechtigkeit

Gerade heute müssen die Gewerkschaften erneut für soziale Gerechtigkeit kämpfen, nicht nur für das arbeitende Volk, sondern auch für die Pensionierten. Abschaffen der « Mamerent », keine Anpassung der Pensionen für 2013 und Indexmodulationen waren die drei Schlagwörter von Nico Wennmacher. Auch für Pensionierte wird das Leben tagtäglich teurer, ob zu



Hause oder im Altenheim. Übersteuerte Gemeindegebühren, Energie, Wasser und Nahrungsmittel, aber auch Miete, Versicherungen sowie verschlechterte Leistungen der Gesundheitskasse treiben immer mehr Pensionierte in die Altersarmut, nicht nur im EU-Ausland, sondern auch im reichen Luxemburg.

Solidarität und Kampfbereitschaft

Verbandspräsident Guy Greivelding hob bei der Ehrung der Jubilare markante Ereignisse aus der über hundertjährige Geschichte des Landesverbandes hervor.

Er sprach den öffentlichen Transport als ein wichtiges Element für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger an und verwies auch auf seinen sozialen Charakter, auch für ältere Menschen. Und prangerte anschließend an, dass in einer Zeit der nachhaltigen Entwicklung, in welcher der öffentliche Transport eine Kernrolle spielen soll, die Fahrpreise erhöht werden sollen. Der Landesverband ist in jedem Fall gegen eine solche Erhöhung.

Guy Greivelding beschäftigte sich weiter mit den Indexmanipulationen, der Pensionsreform, der Mamerent und bedankte sich bei den Jubilaren, die mithalfen das Rad der sozialen Entwicklung weiter zu drehen. Der Auftrag für die Zukunft muss sein über den Weg der Solidarität und der Kampfbereitschaft die erkämpften Rechte zu verteidigen respektive sich dafür einzusetzen, dass die Sozialleistungen verbessert und nicht wie die Politik es will, verschlechtert werden.

Abschließend rief er alle Anwesenden auf sich mit ihren Familien an der Demo gegen die negative Pensionsreform am 16. Oktober in der Hauptstadt zu beteiligen.

Zum Abschluss der Veranstaltung stellte der Kassierer des Sektors Pensionierte Marcel Arendt die Auslandsreise 2013 der Pensionierten nach Villanders in Südtirol vor.

Tageblatt

Die geehrten Mitglieder

Cui honorem, honorem



50 Jahre Mitgliedschaft

Jacqueline Backendorf-Mantz, Raymond Barthel, Raymond Bartocci, Norbert-Pierre Bauler, Jean Clemens, Suzanne dite Sanny Demouling-Heuertz, Adolphe Hames, Elisabeth Gisèle Kaiser-Schmit, Jean Kieffer, Jean Kieffer, Pierre Lamesch, Marguerite Linden-Jungers, Ernest Mander, René Marx, Gilbert Medinger, Paul Müller, Monique Mutsch-Biermann, Paul Oé, Gustave Plassiart, Eugénie Poos-Mousel, Robert Reuter, Mathias Sassel, Annette Schaack-Biermann, Romain Schoder, Georgette Schumacher-Liegeois, François Spautz, Annette Stoos-Ackermann, Richard Tailger, Georges Theissen, Irma Thill-Schroeder, René Thull, Françoise Tondt-Glodt, Annette Wiltgen-Oettinger, Léon Zahlen.

60 Jahre Mitgliedschaft

Florent Allard, Marianne Ansay-Haag, Lucie Arnoldy-Schmit, Anne Balmann-Jungers, Anne Barthel-Reiser, Marie-Thérèse Barth-Scholtes, Marguerite Becker-Metzler, Roger Beringer, Christophe Bernard, Triny Bintner-Olinger, Margot Bissen-Andres, Catherine Bohler-Kieffer, Jean-Nicolas Brimyer, Robert Bruckler, Théophile Chrisnach, Yvonne Closter-Plumer, Marcelle Collet-Huberty, Auguste Conrad, Léonie Conter-Ruppert, Roger Cruchten, Jeannine Dahm-Adamy, Joseph Dal Corso, Nicolas David, Maurice Demare, Jean-Pierre Demuth, Anny Dostert-Schmit, Roger Dousemont, Albert

Dresch, Claire Dupont-Bertemes, Lucie Ecker-Weydert, Nicolas Ensch, Blanche Ernsdorff-Fandel, Pierre Ewen, Jean Ewen, Henriette Faber-Cruchten, Emile Fellens, Lucien Feltgen, Jean Fonck, Guillaume Foxius, Marie Franzen-Wagner, Roger Jean Funck, Camille Geiben, Renée Geiben-Duchamp, Elise-Marie Gengler-Plier, Margot Gilson-Reiter, Suzanne Graas-Schmit, Marie Greis-Berg, Elise Jacqueline Grethen-Spanier, Mariette Grommesch-Err, Jeanne Guisch-Steffen, Philomène Hamen-Krier, Marie Hansen-Becker, Irène-Marie Hensch-Bornhofen, Léonie Hilbert-Mertes, Eliane Hoffmann-Schroeder, André Hommel, Mathilde Hommel-Plumer, Margot Isekun-Meyer, Hubert Jacoby, Yvonne Jacoby-Zeien, Albert Jerolim, Rosalie Jopa-Hensel, Anny Junck-Müller, Marie-Josée Junio-Kohl, Marie-Madeleine Kaes-Winandy, Marie Montigny Kayser Vve Breuskin, Jean-Jacques Kiefer, Pierre Kieffer, Marguerite Kieffer-Escher, Martin Klasen, Pierre Klein, Marie Klein-Meyer, Arsène Klopp, Michèle Krecke, Emile Kries, Marie Lambert-Schroeder, Marcel Lanners, Johnny Lanter, François Laux, René Lellig, Armand Liltz, Alphonse Linden, Madeleine Louise-Wagener, René Lucas, Alfred Lux, Robert Luxen, Armand Maes, Alphonse Majerus, Fernand Manes, Mathias Marnach, Jean-Pierre Mayer, Margot Melzig-Lutgen, Brunhilde Mergen-Hutter, Roger Meyers, Camille Müller, Christine Müller-Mischo, Catherine Moos-Trierweiler, Françoise Müller-Kauth, René Neumann, Roger Obry, Jean-Jos Pesch, Irma Pettin-

ger-Toss, Margot Pierrot-Imbert, Joseph Quintus, Gisèle Recking-Pellé, Gertrude Reding-Christian, Paul Regorseck, Dorothea Rieckmann ép.div. Mannes, Françoise Scheid-Staudt, Nicolas Schillinger, Margot Schillinger-Barth, Lucien Schmit, Roger Schmitz, Joseph Schneider, Jean Schnell, Sophie Scholtes-Thiry, Suzanne Albertine Schonckert-Fischer, Alice Schortgen-Bladt, Joseph Schott, Gabriel-

le Schummer-Mersch, Gaston Seywert, Gabriel Simon, Joseph Simon, Christine Stammel-Hauser, Huguette Steines-Schiltz, Germaine Stirn-Schmit, Jean Tex, Marcel Theisen, Mathilde Thekes-Dorner, Raymond Thill, Anny Thill-Becker, Catherine Thill-Franck, Ady Thinnès, Anne Tholl-Hendel, Antoine Thoma, Josette Thoma-Ourth, Aloyse Toepler, Fernand Tremuth, Umberto Urbano, Mari-

anne Valentini-Angeletti, Elisabeth Wagner-Thielen, Lucie Weirig-Chennaux, Madelaine Weismeyer, Jean Weynandt, Amélie Wians-Mangerich, Michel Winkel, Robert Zenners.

80 Jahre Mitgliedschaft

Josephine Entringer-Wagner

Ad multos annos!



FNCTTFEL – Sektor Pensionierte

Reise 2013 nach Villanders (Südtirol)

Das außergewöhnliche positive Echo, das der diesjährigen Aufenthalt unserer Verbandsmusik, ebenso wie der der Vereinigung Kleinbettlingen-Mamer, im Panoramahotel Stephanshof im malerischen Feriendorf Villanders (Südtirol) gefunden hat, hat den Vorstand des Sektors Pensionierte des Landesverbandes dazu bewogen, ihren Mitgliedern für 2013 dasselbe Programm anzubieten.

Voraussehend, dass dieses verlockende Angebot sich einer großen Nachfrage erfreuen werde, hat der Organisator schon im Vorfeld beschlossen, die Reise in zwei Gruppen zu organisieren und zwar die erste Gruppe vom 10. bis zum 16. Juni und die zweite Gruppe vom 26. Juni bis zum 2. Juli 2013.

Auf der Pensioniertenfeier vom 6. Oktober 2012 wurden diese Prognosen mit über 50 Einschreibungen bestätigt. Trotzdem verbleiben noch genügend Plätze, um weitere Teilnehmer aufzunehmen.

Südtirol liegt an der Südseite der Alpen und verfügt über ein mildes Klima. Der Aufenthalt in Halbpension mit 5-Gang-Menü (Salatvorsepeisebuffet, Vorspeise, Suppe, Hauptgericht, Nachtisch) erfolgt, wie oben angegeben, im 4-Sterne Granpanoramahotel Stephanshof, das in 880 m Höhe liegt. Die geräumigen Zimmer im familiengeführten und modernen Hotel verfügen alle über ein Balkon. Weiter wird gratis angeboten: -Bademantel, Bade- und Saunatücher, Hallenbad, Whirlpool, finnische Sauna, türkisches Dampfbad, Kräuter- und Infrarot Sauna, Dusche mit Massagefunktion, Fitnessraum und Freibad mit Liegewiese.

Die Hinfahrt geschieht jeweils um 6.00 Uhr ab Bahnhof Luxemburg (Seite RGTR-Busbahn). In Hinterweidenthal wird gegen 8.00 Uhr das Frühstück angeboten, während auf der Rückfahrt am selben Ort eine Schinkenplatte verabreicht wird.

Der Aufenthalt sieht ins besonderes folgende Tagesprogramme vor

- Besichtigung der Gärten von Trautmansdorff mit Stadt-



Grandioser Ausblick auf der Seis Alm auf die Dolomitengiganten

und Einkaufsbummel in Meran

- Busfahrt durch die Dolomiten mit Seilbahnauffahrt zum Pardoio
- Busfahrt zum Gardasee mit Schifffahrt
- Busfahrt durch das Gröndental mit Seilbahnauffahrt zur Seisalm in Sankt Ulrich
- Besichtigung von der Bischofsstadt Brixen

Verschiedene Abende klingen mit Gratis-Bingo-Spielen aus, welche mit interessanten Geldpreisen ausgestattet sind.

Der Unkostenbeitrag, überaus sozial ausgerichtet, ist wie folgt festgelegt:

Vereinigungsmitglieder zahlen 633€ im Einzelzimmer und 541€

im Doppelzimmer. Für Nichtmitglieder gelten folgende Preise: 633€ im Einzelzimmer und 571€ im Doppelzimmer.

Dieser Betrag beinhaltet Bus, Frühstück auf der Hinreise, Aufenthalt in Halbpension, ein Galadinner, ein Kaffee- und Kuchen-nachmittag, Schiff- und Seilbahnfahrten, Bingospiele, Reiserücktrittsversicherung, Trinkgelder für Fahrer und Hotel, sowie eine Schinkenplatte auf der Rückfahrt. Nicht inbegriffen sind die täglichen Mittagessen, sowie alle Getränke.

Bei ungenügender Teilnehmerzahl wird sich der Teilnehmerbeitrag um bis höchstens 30,00 € erhöhen. Eventuelle Änderungen betr. Endpreise werden im Signal veröffentlicht.

Der Vorstand des Sektors Pensionierte des Landesverbandes



Geselliges Abendessen im Stephanshof

Infobox

Anmeldungen sind an den Reiseleiter Marcel Arendt Telefon: 31 88 46 oder GSM: 691 31 88 46 zu richten, der auch für weitere Auskünfte zur Verfügung steht.

Ein Vorschuss von 300 € auf den Unkostenbeitrag ist bis spätestens zum 5. Dezember 2012 einzuzahlen

Der Restbetrag ist bis zum 5. März 2013 auf das Konto bei der BCEE N° LU67 0019 2755 9583 8000 der FNCTTFEL PENSIONNES zu überweisen.

Ab dem 5. März 2013 werden die Zimmer, wo der gesamte Unkostenbeitrag noch nicht geleistet wurde, an die Interessenten, die auf der Warteliste aufgeführt sind, vergeben.

Bei Abmeldungen wird ein Betrag von 20,00 € pro Zimmer für administrative Unkosten zurückbehalten.

Soziales

Gutachten der Salariatskammer zur Haushaltsvorlage 2013

„Arbeitnehmer und Rentner sind die Opfer“

In ihrer kürzlich abgehaltenen Sitzung unter dem Vorsitz von Jean-Claude Reding haben die Mitglieder der Vollversammlung der Arbeitnehmerkammer eine erste Analyse des Haushaltsentwurfs der Regierung für das Jahr 2013 vorgenommen.

Die Arbeitnehmervertreter drücken ihre Besorgnis über die von der Regierung beabsichtigten Zielsetzungen in der Haushaltspolitik für die nächsten Jahre aus.

Dabei ist das Haushaltsdefizit nicht dramatisch, was sogar von der Ratingagentur Fitch bestätigt wird, so die „Chambre des salariés“ in einer Mitteilung.

Fitch halte seine exzellente Bewertung der luxemburgischen kurz- und langfristigen Anleihepapiere aufrecht. Die Agentur erkläre die luxemburgische Benotung insbesondere durch die außergewöhn-



lich gute aktuelle Lage der öffentlichen Finanzen mit einer öffentlichen Schuld von nur 18 Prozent des BIP im Jahr 2011.

Rücklagen bei Sozialversicherungen

Dies sei der geringste Anteil unter den Ländern mit der AAA-Note. Des Weiteren würden die Rücklagen der Sozialversicherungen in Höhe von 27 Prozent des BIP ebenfalls eine positive Rolle spielen.

Auch gelte es hervorzuheben, dass 2013 die Einnahmen stärker steigen würden als die Ausgaben und dass die laufenden Ausgaben ohne Weiteres durch die laufenden Einnahmen gedeckt würden. Die Neuverschuldung diene also nur dazu, Investitionen zu finanzieren, die auch den künftigen Generationen dienen würden, ja für ihr Wohl sogar unerlässlich seien.

Der vermeintlich starke Anstieg der Schulden im Jahr 2013 sei

aber nur zu einem Drittel auf Investitionen zurückzuführen. Der Rest diene dazu, Rücklagen zu sehr günstigen Zinsbedingungen zu schaffen, Auflagen internationaler Gremien zu erfüllen sowie die durch die Bankenrettung bedingten Schulden zu refinanzieren.

Niedrige Zinszahlungen

Die Kammer erinnert auch daran, dass die luxemburgischen Zinszahlungen die zweitniedrigsten der EU sind. Die 211 Millionen Euro, die die öffentliche Hand 2011 zwecks Zinszahlungen aufwenden musste, würden im Übrigen von den mehr als 600 Millionen Euro Einnahmen aus Zinsen und Dividenden weit übertroffen.

Vor diesem Hintergrund sehe der Haushaltsentwurf Sparmaßnahmen vor, die nicht nur überflüssig seien, sondern zudem auch das Ungleichgewicht der Lasten der Unternehmen und Privathaushalte noch verstärken würden.

Im Verlauf der verschiedenen Haushaltsjahre verdeutliche sich nämlich immer mehr folgende Schiefelage: Steueraufkommen und Ausgabenkürzungen würden von den Arbeitnehmern und Verbrauchern getragen, die Unternehmensgewinne würden jedoch schneller wachsen als die Löhne.

Keine soziale Verbesserung

Auch wenn der Haushaltsentwurf eine Mindeststeuer für Betriebe vorsehe, ändere er jedoch nichts an dieser schädlichen Entwicklung, die einer Verbesserung der sozialen Lage der Arbeitnehmerhaushalte klar entgegenwirke.

Alle Sparmaßnahmen zu Lasten der Arbeitnehmer würden nur noch die finanzielle Lage insbesondere der ärmeren Haushalte verschärfen, die sich schon durch den Rückgang der Reallöhne seit 2011 verschlechtert habe.

Tageblatt

Workshops gegen Gewalt von dritter Seite

Förderung der Sicherheit und des Sicherheitsempfindens

Da die Gewalt und die Aggressionen von Dritten gegen Mitarbeiter(innen) der Eisenbahnunternehmen in vielen Ländern Europas in den letzten Jahren an Intensität deutlich zugenommen hat, wollen die europäischen Sozialpartner im Eisenbahnsektor ETF (Europäische Transportarbeiter Föderation) und CER (Gemeinschaft europäischer Eisenbahn- und Infrastrukturunternehmen) gemeinsam ihre Mitgliedsunternehmen und -gewerkschaften darin unterstützen, geeignete Maßnahmen ergreifen zu können, um diesem Problem zu begegnen.



Die EVA Akademie Berlin wurde beauftragt, in einem europäisch angelegten Projekt gute Praxisbeispiele zu sammeln und Vorschläge für gemeinsame Empfehlungen zu entwickeln. In mehreren Workshops wurden die Themen mit Vertretern der Sozialpartner erarbeitet und Maßnahmen zur Prävention, Intervention und Rehabilitation zusammengestellt. Das Projekt wurde mit Unterstützung der Europäischen Union ermöglicht und hat im Januar 2012 begonnen.

Nach Berlin und Wien fand nun am 26. und 27. September 2012 der 3 internationale Workshop zu diesem Thema in Bulgarien statt. 26 Gewerkschafts- und Unternehmensvertreter aus 11 verschiedenen Ländern arbeiten zusammen Empfehlungen zu diesem Thema aus, um diese dann in einem Handbuch zu publizieren.

Unser Kollege Georges Merenz, Vorstandsmitglied des Sektor Ei-

senbahnen im FNCTTFEL-Landesverband und Sicherheitsdelegierter der CFL nahm an diesen 3 Workshops teil.

In Sofia stellte Georges Merenz den 26 Vertretern die Arbeitsweise der zwei Lenkungsausschüsse Sicherheit vor, die im Ministerium für nachhaltige Entwicklung und Infrastrukturen respektive bei den CFL bestehen. Ministerium, CFL und Gewerkschaften arbeiten zu-

sammen um der Gewalt im öffentlichen Transport mit geeigneten Massnahmen zu begegnen und die Sicherheit und das Sicherheitsgefühl in Zügen und Bussen zu verbessern.

Er präsentierte die DVD "10 steps to rail cool" aus dem Jugendsensibilisierungsprogramm, welche die Abteilung QSE der CFL mit Jugendlichen für Jugendliche erstellte. Die Arbeitsgruppe nahm diese als

sehr gelungen auf und bezeichnete sie vorbildlich für Aktionen gegen die Aggressionen. Frankreich, Belgien und die Niederlande haben ein ähnliches Projekt für die Schulen aufgebaut.

Eine der Forderungen des FNCTTFEL-Landesverbandes, die Georges Merenz in dieses Projekt einbringen will, ist die Forderung des FNCTTFEL-Landesverbandes für eine europäische Standardisierung des Berufsbildes der Sicherheitsmannschaften. Diese Standardisierung muss sowohl die Ausbildung, die materielle Ausstattung als auch die Arbeitsbedingungen und die medizinische bzw. psychologische Tauglichkeit betreffen. Das Berufsbild des Sicherheitspersonals muss in eine europäischen Zertifizierung festgeschrieben werden, die dann für alle Bahngesellschaften verbindlich ist.

Am 5. Dezember 2012 werden diese Arbeiten und Empfehlungen in Brüssel den Verantwortlichen der CER und der ETF sowie Vertretern vom Europaparlament und Europäischer Kommission vorgestellt. Anschließend sollen sie dann von der CER und ETF gemeinsam verabschiedet werden.

Wir werden ausführlich darüber berichten.

Internationaler Gewerkschaftsbund (IGB)

IWF sollte kein Spardiktat der Troika zulassen

Sharan Burrow, die Generalsekretärin des IGB erklärt: „Bei den Jahrestagungen des IWF und der Weltbank wurde bestätigt, was der IGB und die Gewerkschaften in aller Welt seit mehr als zwei Jahren sagen: Die Vorstellung, mit Sparmaßnahmen Wachstum schaffen zu können, ist illusorisch und hat die Existenzgrundlagen von Millionen Menschen zerstört. Der IWF sollte die wichtigen Ergebnisse, die er diese Woche veröffentlicht hat, nutzen und eine beschäftigungs- und einkommensorientierte Wachstumsstrategie verfolgen und nicht zulassen, dass wenige Länder oder seine Partner in der europäischen 'Troika' die Fortsetzung der Sparpolitik diktieren.“

Im Vorfeld der Jahrestagungen vom 12. – 14. Oktober 2012 in Tokio hat der Chefökonom des IWF eingeräumt, dass der Fonds die Auswirkungen von Einsparungen im Haushalt auf die Volkswirtschaften der einzelnen Länder erheblich unterschätzt habe, offenbar weil in seinen Wirtschaftsmodellen von einem falschen „Multiplikator-Effekt“ ausgegangen wurde. Dennoch hieß es in der abschließenden Erklärung des IWF-Lenkungsausschusses IMFC, dass nur Schwellenländer, nicht jedoch Industrieländer, „politisch flexibel sein sollten, um das Wachstum zu fördern“, obwohl in zehn europäischen Ländern für 2012 mit einer Rezession gerechnet wird.

„Es ist nicht zu verstehen, wie der IMFC Europa raten kann, auch in der Rezession an Strukturanpassungs- und Sparmaßnahmen fest-



zuhalten, während nur Länder, die bereits ein Wachstum zu verzeichnen haben, zu wachstumsfördernden Maßnahmen ermutigt werden. Es scheint offensichtlich, dass dieser völlig inkohärente Ansatz von den Regierungen gewisser Indust-

rieländer stammt, die die Lektionen der revidierten Ergebnisse des IWF augenscheinlich nicht gelernt haben“, so Burrow.

Burrow lobte zudem die Gruppe der 24 Schwellen- und Entwick-

lungsländer bei den internationalen Finanzinstitutionen dafür, die richtigen Schlüsse aus dem Weltentwicklungsbericht 2013 der Weltbank (zum Thema Beschäftigung) gezogen zu haben. Die G24 hat in einem bei den Tagungen in

Tokio veröffentlichten Kommuniqué erklärt, dass sie die Ergebnisse des jüngsten Weltentwicklungsberichtes der Weltbank zur Kenntnis genommen habe, denen zufolge die Konzentration auf die Schaffung von Arbeitsplätzen das wirksamste Mittel sei, um die Armut abzubauen, den Menschen zu einer größeren Autonomie zu verhelfen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.

„Die Weltbank und der IWF sollten all ihre politischen Strategien durch die 'Beschäftigungslinse' betrachten, wie im Weltentwicklungsbericht angeregt. Wir stimmen zudem mit der G24 darin überein, dass es inakzeptabel ist, dass die Regierungen die Frist für die Quotenreform von 2010 haben verstreichen lassen, weil nicht genügend von ihnen eine bescheidene Verschiebung einiger Stimmen beim IWF zugunsten der Schwellenländer ratifiziert haben. Die G24 hat darüber hinaus von uns befürwortete wichtige Vorschläge hinsichtlich der Notwendigkeit seitens der IFIs gemacht, mehr zu tun, um die Schwankungen der Rohstoffpreise zu bekämpfen, vor allem angesichts des jüngsten Anstiegs der Lebensmittelpreise, durch den Millionen Menschen in Entwicklungsländern zusätzlich in extremer Armut versinken werden“, erklärte Burrow.

Der IGB vertritt 175 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 308 Mitgliedsorganisationen und 153 Ländern und Hoheitsgebieten.



„Et geet elo duer“ ass dem Jemp Schuster säi leschten Optrëtt an der Cabaret-Szen. De Jemp gëtt eis d'Méiglechkeet eise Memberen eng läscht Virstellung vun him ze genéissen. Dës Virstellung fënnt statt Mëttwochs, den 28. November 2012 um 20.00 Auer am Festsall vum Casino Syndical. Är Plaze kënn dir am Sekretariat ënner der Nummer 48 70 44 1 reservéieren. Den Entrée kascht 15 Euro pro Persoun. Avis aux amateurs deemno a villmools Merci Jemp! www.jempschuster.lu

Armes Luxemburg im reichen Hochzeitsfieber

Der Unterschied zwischen arm und reich

Die Hochzeit des Jahres hier in Luxemburg schien für viele unter uns das Event schlechthin zu sein. Wenn man jedoch nur für einen Moment die Augen geöffnet hat, dann sah man, dass das Event nicht für jeden unter uns ein reiches Fest war.

Freitag, den 19. Oktober 2012 gegen 15.45 Uhr am Ausgang des Stadtparks in Merl (auch in Luxemburg gelegen) etwa um die gleiche Zeit als der zivile Akt der Hochzeit im Stadthaus der Gemeinde Luxemburg auf dem „Knuedeler“ stattfindet. Als stolzer und verantwortungsbewusster Familienvater verlasse ich den Stadtpark nach einem anderthalbstündigen Spaziergang mit meiner Frau und unserem 4 Monate alten Sohn. Auf einer Bank im Park gelegen, eine Frau. Jedoch nicht irgendeine Frau, sondern eine Obdachlose. Sie sieht sehr abwesend aus, spielt an ihren nackten Füßen. Irgendwas scheint sie an ihren Beinen und Füßen zu stören. Juckreiz. Jedoch mit Sicherheit nicht, weil sie eine Krankheit hat, sondern weil sie sich nicht, wie die meisten von uns dies gewohnt sind, täglich waschen kann. Ihre Kleidung ist schäbig und schmutzig. Sie scheint auf Wanderschaft zu sein. Neben ihr auf der Bank ruhen ein Rucksack sowie ein Schlafsack. Alles sieht sehr verkommen aus. Ein Schauerbild der höchsten Klasse. Mir fielen nur folgende Worte ein, die ich meiner Frau leise zukommen ließ:

„Während die einen in Glanz und Glamour feiern, versuchen andere hier draußen zu überleben!“

Obdachlose: zwischen Hoffen und Bangen

Und so ist es! Die Frau wusste sicherlich kaum wo sie an dem Abend unterkommen würde, wenn überhaupt. Wer weiß...vielleicht wusste sie nicht einmal ob sie am kommenden Tag noch leben würde. Dies ist kein Einzelfall in unserem beschaulichen Marienland. Das regt einen auf, bringt einen zur Weißglut. Man kann nicht verstehen wie auf der einen Seite Menschen auf Staatskosten prunkvoll feiern und auf der anderen Seite Menschen am Abgrund stehen, in gewissem Maße auch auf Staatskosten. Dabei wage ich zu bezweifeln, dass man dies nur dann nicht verstehen kann, wenn man das Herz auf der richtigen Stellen sitzen hat.

Junckers schwache Ansprache lässt Zweifel aufkommen

Die Hochzeit des Jahres, die Prinzenhochzeit. Sie hat für viel Aufregung gesorgt. Für die einen, die erzkonservativen im positiven Sinne, für die anderen, die Bürger mit sozialgerechter Ader im negativen Sinne. Das macht die Sache umso interessanter. Staatsminister Juncker wies in seiner Ansprache auf den vielleicht wichtigsten Tag im ganz persönlichen Leben des erbgroßherzoglichen Paares hin. Ganz persönlich also! Warum denn das öffentliche Theater?

Danach ging Juncker auf die eingerichtete Verfassung ein, die uns eine Staatsform biete, mit der wir uns sehr gut zurecht fänden. Der Erbgroßherzog Guillaume wäre somit unser nächster Großherzog, also der nächste Staatschef. Klar, dass wir damit gut zurecht kommen, denn laut der abgeänderten Verfassung hat unser Staatschef keine Verantwortung mehr. Das einzige was er noch zu tun hat, ist Luxemburg im Ausland zu repräsentieren. Kann das etwa nur ein Großherzog? Er, Juncker, tut dies verschiedenen, unrepräsentativen, Umfragen zufolge doch auch recht gut.

Staatsminister Juncker spricht bei dieser Hochzeit von einem zivilen und einem religiösen Akt, ja sogar von einem Staatsakt. Dies sehen nicht alle so! Der zivile Teil hätte gereicht, denn immerhin ist der Erbgroßherzog der Erbgroßherzog aller in Luxemburg lebenden Menschen. Er hätte damit seine Neutralität unterstrichen und bezeugt. Jedoch wurde dieses Wunschdenken durch die religiöse Zeremonie vernichtet. Ist die Hochzeit eine rein persönliche Feier, wie Herr Juncker anfangs angedeutet hat, dann darf man nichts gegen eine religiöse Zeremonie einwenden. Jedoch war diese ganze Hochzeit kein persönlicher Akt, sondern ein öffentlicher Akt, weil er von Steuergeldern finanziert wurde. Nicht nur zum Teil, wie uns allen vorgegaukelt wird. Auch der familiäre Reichtum der Großherzogs ist durch öffentliche Gelder zustande gekommen. Immerhin zahlen wir

Sozialistische Selbstzerstörung

Nichts als die Wahrheit!?

Nicht jeder nimmt es unbedingt ernst mit der Wahrheit. Auch nicht in der Politik. Manche würden jetzt mit Sicherheit behaupten gerade in der Politik nehme man es eben gerade sicher nicht ernst was die Wahrheit betrifft. Doch machen wir nicht alle Politiker schlecht. Es gibt sicherlich solche, die ihre Aufgabe ernst nehmen. Wenngleich auch nicht die große Mehrheit.

Und doch sollte man vorsichtig mit Wörtern und Formulierungen umgehen. Man muss aufpassen wie man was welchem Publikum mitteilt. Schnell kann jemand etwas falsch verstehen oder zu Ungunsten des anderen interpretieren. Verschiedene Statements von Politikern muss man jedoch eine Schelte verpassen. Es geht nicht anders. Man hat richtig gehört als neulich im Rahmen einer Fernsehsendung der Chef der sozialistischen Partei, Alex Bodry, einen Satz im Zusammenhang mit den 2014 stattfindenden Wahlen zum Besten gab. Es gehe darum im Wahlkampf für 2014 den Leuten, sprich dem Volke (auch noch bekannt als Wähler), die Wahrheit zu sagen. Das ist der Hammer schlechthin! Was hat die LSAP denn bis dato den Leuten sonst gesagt? Die Unwahrheit, also Lügen? Dem Plebs braucht eine LSAP sicherlich die Wahrheit nicht mehr zu sagen. Die Wählerschaft hat sie schon lange enthüllt. Die wenigsten Wahlberechtigten zweifeln daran, dass die Sozis in der letzten Regierungsbildung eine niederschmetternde Bilanz ihrer Arbeit vorzuweisen haben. Schwach von vorne bis hinten, anders ist die Politik der sozialistischen Partei nicht einzustufen.

Sozialpolitik in höchster Gefahr!

Dem Volk vorzugaukeln, ohne die LSAP in der Regierung ginge es

dem Land noch schlechter, sprich wäre die Sozialpolitik noch weiter in Gefahr, muss man einfach nur für ein Gerücht halten. Warum? Die LSAP hätte zum Beispiel die Indexmanipulierung nicht stimmen können. Mit Ausnahme einer einzigen mutigen Abgeordneten aus den Reihen der Sozis, waren alle anderen dafür. Die Politik zur Bekämpfung der nationalen Arbeitslosigkeit ist mehr als miserabel. Die anstehende, schlechte, Pensionsreform wurde auch von einem sozialistischen Minister auf den Tisch gelegt. Die Gehälterreform, die hauptsächlich jungen Menschen ein Dorn im Auge sein wird, und ein ungerechtes Bewertungssystem beim Staat fanden ebenfalls keine Gegner in den sozialistischen Rängen. Erinnern wir daran, dass kürzlich der Fraktionschef der LSAP, Lucien Lux, erwähnte, man müsse die neuen (!) angekündigten Sparmaßnahmen aus dem Blickwinkel der jungen Menschen sehen, sprich man müsse diese Maßnahmen nehmen um jungen Menschen zu helfen. In welcher Hinsicht, bitte sehr? Katastrophal haben sich die Sozialisten in der letzten Regierung verhalten. Die Probleme, die unsozialer nicht sein könnten, ebenfalls in anderen Politikbereichen, kümmern die Sozis auch nicht. So zum Beispiel die Wohnungspolitik. Eine pure Enttäuschung seitens der LSAP, die hier eigentlich mit der Faust auf den Tisch schlagen müsste.

Kurz gesagt: mit der Aussage, den Wählern jetzt erst die Wahrheit sagen zu müssen, wagt man daran zu zweifeln, die LSAP nochmals in der nächsten Regierungsbildung wieder zu finden. Selber Schuld, denn: wer ändern eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! Das Volk lässt sich längstens nicht mehr für dumm verkaufen. Auch nicht am Wahltermin 2014.

Frank Gilbertz

zu gehören! Mit einem dreifachen „Vive“ an hier und „Vive“ an dort, schloss er seine Ansprache ab.

Die Frau im Park bekam dies nicht mit. Er auch nichts von ihr. Obwohl sie kein Einzelfall ist. Wir beklagen täglich tausende Arbeitslose und tausende Einwohner, die am Rande ihrer Existenz stehen. Das ist uns egal. Die Feierlichkeiten rundum eine Hochzeit, die eigentlich eine Hochzeit wie viele andere hätte sein können haben uns so beschäftigt, dass die Abgeordnetenkammer über Tage nicht zu funktionieren brauchte. Hauptsache ist, dass die Hochzeit für Stéphanie und Guillaume uns alle viel kostet. Und das betrifft uns alle, Herr Juncker, nicht wie Sie erklärten, dass die Hochzeit uns alle betreffe, weil es ein Staatsakt ist, nicht nur ein ziviler und religiöser Akt.

Warum kamen eigentlich anlässlich der Hochzeit des Jahres keine Obdachlose wie die Frau im Park zu Ehren? Das hätten die Frau und viele andere eher zu schätzen gewusst als die Noblesse, der Hochadel aus der ganzen Welt für die diese Feier eine unter vielen anderen war, sprich „business as usual“. Doch für eine solche Idee sind wir in unserem beschaulichen Marienländchen zu erzkonservativ. Leider!

Frank Gilbertz

Abgeordnetenkammer als Speisesaal umfunktioniert

Am Ende schickte Juncker seine besten Glückwünsche an das erbgroßherzogliche Paar, dies im Namen der Regierung und des gesamten Volkes. Mit welchem Recht? Denn nicht jeder wollte da

Zum Thema Suizid

Alarm!

„Niemand und unter keinen Bedingungen dürfen wir verzweifeln. Zu hoffen und zu handeln, das ist unsere Pflicht im Unglück. Tatenlose Verzweiflung bedeutet so viel wie die Pflicht vergessen und sich ihr entziehen“ (Boris Pasternak, Doktor Schiwago)

Alarm. Notsignal. Warnung bei Gefahr. Alarm schlagen. Die öffentliche Aufmerksamkeit auf etwas Bedrohliches, Gefährliches lenken, laut Hilfe fordern. Besonders letztere Definition des Duden müsste eigentlich eine Aufforderung sein. Nämlich die Aufforderung, ein fast schon dramatisches Problem erstens wirklich zur Kenntnis zu nehmen und zweitens endlich zu reagieren. Thema: Suizid, im Kontext dieser Zeilen besonders der Jugendsuizid, der Jugendselbstmord. In unserem ach so beschaulichen Marienland brachten sich, wie bestens informierte Kreise zu berichten wissen, jedoch nicht öffentlich thematisiert, also inoffiziell, innerhalb einer Woche acht (sic!) Jugendliche um, sie nahmen sich selbst ihr junges Leben! Nur – wird darüber viel gesprochen, diskutiert, analysiert? Wer nimmt sich des Themas mit Nachdruck und Konsequenz mittels einer wirklichen, intensiven Ursachenforschung an?

Die Individualpsychologie Alfred Adlers gehört mit der Tiefenpsychologie Sigmund Freuds und der Analytischen Psychologie C.G. Jung zum Fundament der modernen Psychologie. Die Kenntnisse und Einsichten, die Alfred Adler als praktischer Arzt und Spezialist in Wien erwarb, bildeten einen wichtigen Teil der Grundlagen seiner Psychologie, in der er das Gesetz der seelischen Entwicklung des Menschen zu erfassen suchte. Adlers grundlegendes Buch „Menschenkenntnis“ gilt als Standardwerk der Psychologie. Weshalb diese Präzision in diesem Zusammenhang, mag sich die Leserschaft des tageblatt fragen? Nun, weil sich der Individualpsychologe mit eigener Schule (auch in unserem Lande) und eigener Zeitschrift, in absoluter Aktualität seines Denkens in ebendiesem zitierten Werk in dessen 5. Kapitel „Affekte“ mit dem Verständnis des Selbstmordes beschäftigt. Er sagt klar aus, dass darin das Bestreben



des von eigener Hand aus dem Leben scheidenden Menschen liegt, den Angehörigen oder der übrigen Umgebung einen Schmerz zuzufügen, um sich auf diese Weise für erlittene Zurücksetzung zu rächen. Der Selbstmord sei also eine klassische Racheaktion, um andere mit schweren Schuldgefühlen zu belasten. Kann dies nicht in Zeiten allgemeiner Verunsicherung besonders auf Jugendliche zutreffen? Anders gesagt, sieht Alfred Adler im Selbstmord wie in Neurosen Reaktionsformen auf kindliche Überschätzungen von Motiven oder soziale Herabsetzungen und Enttäuschungen (Selbstmord, 1937). Dass gerade diese dem Gemeinschaftsgefühl sehr zugewandte Theorie des Anhängers des Marxismus Alfred Adler besonders in der Problematik des Jugendselbstmordes und in der Entwicklung des jungen Menschen

in sehr ernstesten Krisenzeiten durchaus eine ernst zu nehmende Rolle spielt, ohne allerdings im Rahmen dieser Zeilen Einzelschicksale und deren tiefgründige Ursachen verallgemeinern zu wollen – absolut nicht – kann einfach nicht verkannt werden. Doch im Ignorieren einer Tabuproblematik sind wir in unserer modernen, schnelllebigen und immer noch klerikal beeinflussten großherzoglichen Gesellschaft absolute Spezialisten. Den Selbstmord generell und leider den Jugendselbstmord im Besonderen, thematisieren wir nicht. Auch dann nicht, wenn die Lage immer dramatischer, die Jugendperspektivlosigkeit (Stichwort: Jugendarbeitslosigkeit) immer schlimmer zu werden droht und die quälende Frage einer Jugend ohne Zukunft immer mehr zur Belastung ebendieser Jugend und vieler Eltern wird. Eines von

Krisen beherrschten Alltages, der uns alle scheinbar, nein mit Sicherheit, immer mehr völlig überfordert. Das Thema „Suizid“ ist keineswegs nur von aktueller Bedeutung, sondern durchzieht die gesamte Menschheitsgeschichte, wurde immer wieder aufgegriffen und löste in den vergangenen Jahrhunderten überaus unterschiedliche Reaktionen und Beurteilungen aus. Bereits in der Terminologie zeigt sich ein großes Spektrum: Selbstmord, Selbsttötung, Selbstvernichtung, Freitod, Suizid betonen jeweils spezifische Aspekte und stellen bereits abweichende Bewertungen dar, beziehen sich in ihrer Entstehung auch auf unterschiedliche Epochen. Aus der Geschichte sind zahlreiche reale Beispiele überliefert, denen eine noch größere Anzahl namenloser Schicksale von Menschen, die ihr Leben aktiv beendet haben, zur Seite gestellt werden können. Eines dieser sogenannten namenlosen Schicksale, ein sechzehnjähriger Junge, der allerdings durchaus einen Namen hatte, warf sich kürzlich als verzweifelter Jugendlicher, der sein Problem wohl mit ins Grab nehmen wird, unter einen Schnellzug, dessen Lokführer, der, und das ist in diesem Zusammenhang besonders tragisch, von einem auszubildenden jungen Kollegen begleitet wurde. Beide müssen, wie viele andere Kollegen, die derartige Zwischenfälle, die in ihrem Berufsalltag leider immer wieder vorkommen können und denen sie schutzlos ausgeliefert sind, trotz bestens organisierter psychologischer und medizinischer Betriebsbetreuung innerhalb unserer nationalen Eisenbahngesellschaft mit diesen oft grausamen Bildern mehr oder weniger belastet leben. Auch das muss einmal gesagt werden.

Doch muss sich unsere Gesellschaft, und auch die in dieser Problematik völlig stumme politische Klasse, sowie auch unsere Schulen und besonders das Elternhaus als Basis der Erziehung eines jeden Jugendlichen, ernste Fragen stellen. Denn der Selbstmord, der Freitod, die Selbsttötung, der Suizid – wie auch immer bezeichnet: Es gibt wahrscheinlich wenige Ereignisse im Leben, die das Umfeld, vor allem die „Zurückgebliebenen“ so schockieren, vor ungelöste Fragen stellen, in Schuldgefühle, Trauer oder gar eigene Lebensmüdigkeit zu stürzen vermögen, wie

der Tod durch eigene Hand, besonders dann, wenn es das eigene Kind in jugendlichem Alter betrifft. Viele Jugendliche fühlen sich allein gelassen, nicht verstanden, nicht ernst genommen. In einer Welt der modernen Kommunikation, wo vieles einfach nicht mehr stimmt, in einer Welt, dessen versagende politische Klasse sich auch in dieser ernstesten, toderntesten Problematik kaum oder gar nicht zuständig und schon überhaupt nicht verantwortlich fühlt. Müsste man sich nicht endlich – auch in den Schulen, da, wo man den Jugendlichen heute am besten erreichen kann – wesentlich seriöser mit der Suizid-Prävention beispielsweise im Rahmen eines qualifizierten psychologischen Kurses innerhalb eines allgemeinen Werteunterrichtes (Stichwort: Wert des Lebens), statt eines überflüssigen Religionsunterrichtes, für einmal menschlich nachhaltig befassen? Und hier liegt die Verantwortung der Politik! Denn vieles lässt sich in einem motivierenden Umfeld regeln, in gesunder Diskussion, wo eben auch Alarmsignale suizidgefährdeter junger Menschen von fachkundigen, psychologisch geschulten Personen im Interesse der Jugendlichen vernommen werden können.

Wir sollten den Alarm hören und die Verzweiflung Jugendlicher sehr ernst nehmen.

„Um verzweifelt zu sein, muss man am Leben, auch wenn es nur noch unglücklich sein kann, gleichwohl und trotz allem hängen.“ So Marcel Proust, Auf der Suche nach der verlorenen Zeit.

Und wir alle hängen an unserem Leben! Doch müssen wir verzweifeln und unglücklich sein?

Nein, müssen wir nicht! Und vor allem: wir können etwas tun!

Frank Bertemes

De Geftzweg am Signal

Objektiv?

Theologische Gespräche mit Kindern - Herausforderung und Chance für den Religionsunterricht. So übertitelte die Zeitung mit besonderem Hang zu verdrehter Wahrheit und mit zweifelhaftem Verhältnis zum Recht einen Beitrag der alljährlichen Herbsttagung des Instituts für Religionspädagogik. Der Inhalt des an sich typischen und deshalb belanglosen Artikels des Bistumsblattes steht allerdings in direktem Zusammenhang mit einer Artikelserie, die einer ihrer Verantwortlichen in der bestbekanntesten Art ebendieser Zeitung zum heuer veröffentlichten Expertenbericht des zukünftigen Verhältnisses zwischen Staat und Religionsgemeinschaften ihren Lesern unterbreitete. In objektiver, meint unvoreingenommener Darstellungsabsicht, so wollte man es der Leserschaft jedenfalls schmackhaft machen. In Teil 5 dieser als vermeintlich „objektiv“ verkauften Gedankengänge ging es um den viel diskutierten und an öffentlichen Schulen eigentlich längst überflüssigen Religionsunterricht, der diesem Autor und seiner katholischen Kirche allerdings sakrosankt war, ist und tunlichst auch bleiben soll; religiöser Dogmatismus, der doch die Basis des



Einflusses und der Manipulation der Kinder und Jugendlichen dieses Machtapparates katholische Kirche darstellt. Pikant allerdings, wenn man den Terminus „Werteunterricht“ scheut wie der Teufel das Weihwasser, um im Vokabular der Klerikalen zu bleiben. Denn der zitierte Expertenbericht, der mit Sicherheit zu einer auch im Parlament, wie zu hoffen bleibt, deutlichen Debatte Anlass geben wird, ein Parlament, im Sinne eines Gebäudes, in dem die politische Debatte im Rahmen einer auch von der Öffentlichkeit wirklich spürbaren demokratischen Auseinandersetzung doch eigentlich stattzufinden hat und in dem die in diesem Parlament vertretenen Parteien mehrheitlich für den laizistischen Staat sind, die C-Partei in dieser für sie delikaten Frage folglich in der Minorität sitzt, erwähnt nämlich etwas sehr deutlich. Nämlich die Alternative, die wirkliche, die einzig richtige und einem 21. Jahrhundert würdige: die Einführung eines „Cours d'éducation aux valeurs“ (et/ou de culture religieuse) (cf. Seite 121 des Berichtes).

Herr Hellinghausen erwähnte diese Alternative zu dem ihm schein-

bar „alternativlosen“ Religionsunterricht, dem man allerdings ein anderes Mäntelchen verpassen kann, indem man ihn möglicherweise als „Kurs über religiöse Kultur“ (cours de culture religieuse) umzubenennen beabsichtigt, überhaupt nicht, wohl in der Absicht, den gleichen Quatsch, wenn auch „dem religiösen Pluralismus Rechnung“ tragend, wie der Autor sich weiter ausdrückte, ungestört weiter zu „vermitteln“. Der Status quo bleibt also die „Alternative“, wenn auch leicht umgemogelt? Auch wenn die Möglichkeit eines allgemeinen Werteunterrichts durchaus im Expertenbericht angedacht ist? Und man genau so sicher wie das Amen in der alles umfassenden, sprich katholischen Kirche, eben diesen Werteunterricht, wie Insider bestätigen können, selbst übernehmen will - falls dieser dann tatsächlich eingeführt wird? Denn auch für diesen Fall ist die katholische Kirche längst organisiert... Also: Religionsunterricht ist gleich Werteunterricht?

So einfach kann man es sich wohl kaum machen... Oder?

Franky - De Geftzweg

Le Signal

Organ des FNCTTFEL-Landesverbandes

Herausgeber:
FNCTTFEL-Landesverband

Verantwortlich für den Inhalt:
Carlo Thissen, Generalsekretär

63, rue de Bonnevoie -
L-1260 Luxembourg -
Tél.: 48 70 44-1
Fax: 48 85 25
www.landesverband.lu
secretariat@landesverband.lu

Redaktion:
Jean-Claude Thümmel,
Frank Gilbertz
Koordination:
Monique Rommes

E-mail:
lesignal@landesverband.lu

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen.

Die gezeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion und des Landesverbandes dar. Kürzungen der Beiträge behält sich die Redaktion vor.

Abonnement:
Für alle Mitglieder ist das Abonnement im Mitgliederbeitrag enthalten.

Nichtmitglieder können "Le Signal" über die Redaktion bestellen.

Jahresabonnement: 25 Euro

Gestaltung und Umbruch:
Espace Médias S.A. /
Polygraphic Communication

Versand:
POLYPRINT SA
Esch/Alzette
Tel.: 54 13 82
Fax: 54 13 87